Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (12.11.2010)

Sand im Getriebe 86

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** Einzelne Artikel: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail: **sig@attac.de**

Dollardämmerung, Währungsgewitter

Graphiken: FTD, Freitag

Nicht einmal die bescheidenen Milleniumsziele der UNO können erreicht werden, die Zahl der Hungernden steigt wieder und dieser Skandal wird verschärft u. a. durch die Spekulation mit Lebensmitteln.
Eric Toussaint von CADTM fasste es in einer Rede vor der UNO so zusammen:
„Ja, es ist möglich, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden, aber nur durch die Einsetzung einer neuen, grundlegend umgestalteten internationalen Ordnung, im Rahmen eines anderen, die Menschen und die Natur zugleich berücksichtigenden Entwicklungsmodells."
Weltweit regt sich Widerstand gegen die herrschende Ordnung, es wird gestreikt, demonstriert, blockiert… und das viel mehr als die gängigen Medien berichten. In England rebellieren die Studenten. In Frankreich hat die Verabschiedung der millionenfach bekämpften Rentenreform nicht zur Resignation geführt.

Eric Toussaint über die **Milleniumsziele**	3
Arundhati Roy wird bedroht	5
Weltwirtschaft	
Lukas Zeise: Der nächste Krisenabschnitt folgt	6
Elmar Altvater: Beginn der Dollardämmerung	8
Martin Khor: USA-China: Handelskrieg?	10
Attac At fordert Weltreservewährung „Globo"	11
Robert Fisk: Amerika in Schande	12
Soziale Kämpfe	
Attac Frankreich: Unsere Aufgaben	14
Rentenreform in Frankreich	15
Harribey: Die Pfade der Emanzipation	17
Hartz IV: Krach schlagen – Rede in Oldenburg	19
Hans-J. Urban: „Wir waren schon mal weiter"	22
Aufrufe zu Sozialprotesten (26.11, 15.12.)	23
Alternativen	
Stuttgart 21 Winfried Wolf Rede: Oben bleiben! Fakten auf den Tisch	24
Stefan Krull: **Auto und Mobilität** in der Krise	27
Francois Houtart: **Cochabamba** als Alternative?	30
Antiatom-Aktionen im Wendland und Frankreich	32

Jean-Marie Harribey hatte auf der Sommeruniversität von **Attac Frankreich** den Zusammenhang der **Rentenfrage** mit dem allgemeinen Kampf um die Pfade der Emanzipation herausgearbeitet und sich u. a. gegen die Kapitalisierung der Renten ausgesprochen. *„Grundsätzlich lehnen wir die Kapitaldeckung der Rente deswegen ab, weil sie bedeuten würde, dass durch den freien Kapitalverkehr unsere Ersparnisse dazu dienen, am anderen Ende der Welt Menschen arbeiten zu lassen, die noch ausgebeuteter sind als wir und die ohne jeden Schutz sind."*
Auf der großen Protestaktion in **Oldenburg** wurde unter dem Slogan **„Krach schlagen statt Kohldampf schieben"** der Zusammenhang von Dumpinglöhnen und Dumpingpreisen z. B bei Lidl hingewiesen: *„Wir wollen nicht als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter missbraucht werden!...Die Bundesregierung betreibt eine **Büttelpolitik für die Exportindustrie**. Sie betreibt die soziale Spaltung der Gesellschaft, um den Druck auf die Löhne aufrecht zu erhalten. Denn der aktuelle Aufschwung Deutschlands ist ein sehr **einseitiger**, Export getragener **Aufschwung**, der nur mit relativ geringen Lohnkosten und auf Kosten anderer Länder funktionieren kann"*. Ein Exportaufschwung, der Deutschland auch an die dritte Stelle der Rüstungsexporteure gehievt hat – Wohl ein Grund mehr, Alternativen zu dieser Art des Wirtschaftens zu entwickeln und um deren Umsetzung zu ringen.

Eine neue rebellische Stimmung der **Unduldsamkeit** gegenüber den Zumutungen von Kapital und Politik ist entstanden. Davon zeugt die wieder erstarkte Anti-**Atom**-Bewegung in und um Gorleben ebenso wie der lang andauernde Kampf um eine lebenswerte Stadt, so z.B. in **Stuttgart**, wo es ja nicht nur um einen Bahnhof geht, sondern vor allem um die frei werdenden Grundstücke, die die BauMafia sich einverleiben will. **Winni Wolf** meint*: "Dabei wird klar, dass S21 ein Muster für die gesamte kapitalistische Ökonomie und für den flächendeckend-bundesweiten korruptiven Sumpf ist*."

Eine lebhafte Diskussion über **Alternativen** entfaltet sich.
Auf dem Auto-mobil-Kongress (auch in Stuttgart) wurden die Fragen nach dem ökologischen Umbau (Konversion) von Wirtschaft und Gesellschaft neu gestellt. Hans-Jürgen Urban bemerkt dazu: *„**Wir waren schon mal weiter***" und verlangt *„eine viel offensivere Variante. Es geht nicht nur um die Stabilisierung der Finanzmärkte. Das ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es geht darum, das **Primat des Politischen** gegenüber den Finanzmärkten und damit Spielräume der Demokratie zurückgewinnen. Und es geht um Elemente von Wirtschaftsdemokratie in der Realökonomie. Ohne eine wirkliche **Neuverteilung von Macht** in der Wirtschaft werden wir scheitern.*"
François Houtart geht auf einige grundlegende Fragen ein, die die **Konferenz in Cochabamba** zum Klimawandel (s. SiG 83 und 84) aufgeworfen hat: auf das Konzept von „Mutter Erde" und auf den Widerspruch zwischen dem Abbau der Bodenschätze und der Verteidigung der Natur.

Finanzialisierung und Globalisierung sollten ja eigentlich zur Revitalisierung des US-amerikanischen Kapitalismus beitragen. Die **USA** haben sich dadurch gewandelt*„ von einer Nation der Produzenten hin zu einer Nation, deren Rolle als globales finanzielles Zwischenlager es ihr ermöglicht hat, an der Aktivität von Hirnen und Muskeln anderer Länder teilzuhaben."(Arrighi, „Adam Smith in Peking").* Das ging eine Zeit lang „gut". Jetzt ist den USA, ja dem „Westen", der Stein (der Globalisierung) auf die eigenen Füße gefallen: **Lucas Zeise** analysiert den Verlauf der Krise und behauptet, dass das bisherige Modell der Weltwirtschaft nicht mehr funktioniert, weil die imperiale Lebensweise so nicht weiter geht und die hoch verschuldete USA als *„Konsument der letzten Instanz*" ausgefallen ist. **Martin Khor** hebt hervor, *„dass die USA in den letzten vier Jahrzehnten immer Leistungsbilanzdefizite hatten, ungeachtet der Stärke des Dollar gegenüber den Währungen ihrer Haupthandelspartner. In den 1970er Jahren gaben sie Deutschland die Schuld, in den 1980ern Japan und jetzt China*." Um den Tag der Abrechnung hinauszuschieben, werden die globalen Geldmärkte jetzt mit zusätzlichen 600 Milliarden Dollar geflutet: der Dollar verliert an Wert und mit ihm die zig Billionen Dollarguthaben, die andere Länder sich als Währungsreserven erarbeitet haben. Ein allgemeiner Abwertungswettlauf droht. **Elmar Altvater** sieht die Dollardämmerung bereits am Horizont.

Wie reagieren die anderen Länder auf die Dollarschwemme, auf die Freihandelsbegrenzungen der USA – denen die WTO Richtlinien heilig waren, solange sie ihnen nützlich waren? Die große Gefahr besteht darin, dass die USA (und mit ihr die NATO) nicht bereit oder in der Lage sind, ihren Abstieg zu managen und stattdessen wieder die Flucht nach vorne antreten und auf sehr unfeine Art versuchen, ihre wirtschaftlichen Gegner „unschädlich" zu machen. Die Palette ihrer bisherigen Machenschaften ist lang und grausam. Ein Beispiel in dieser Nummer:
Robert Fisk analysiert die WikiLeaks-Veröffentlichungen über den Irakkrieg unter dem Titel: „**Amerika in Schande"**

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Eric Toussaint

Ja, es ist möglich, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden!

Vortrag vor einer Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Stand der Milleniums-Ziele

New York, 15. September 2010 |1|

I. **Die Millenium-Entwicklungsziele werden trotz ihrer übertriebenen Bescheidenheit verfehlt.** Der Rückgang des Anteils der Menschen, die weltweit mit weniger als 1,25 Dollars pro Tag auskommen müssen, ist einzig und allein der Entwicklung in China und in Indien zuzuschreiben |2|, beides Länder, in denen der *Washington Consensus* nicht umgesetzt wird. Die Menschheit hat weit über die anspruchslosen Milleniumsziele hinaus die materiellen Möglichkeiten, die Grundrechte aller Menschen zu gewährleisten. Es liegt auf der Hand, dass das Problem nicht ein Mangel an Ressourcen ist.

II. In den von Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) herausgegebenen Stellungnahmen herrscht eine Erklärung vor, die nicht überzeugt. Sie dient vielmehr dazu, eine Politik zu verfestigen, die die Krise ausgelöst hat und die so genannten „Entwicklungsländer“, die sich diesen Zielen verschrieben haben, wirtschaftlich in die Knie zwingt.

Die Empfehlungen oder Vorgaben dieser Institutionen leiten sich aus mehreren **Dogmen** ab:

Das erste betrifft die Finanzierung der Entwicklung durch Verschuldung. Dieses Dogma bringt die große Mehrheit der „Entwicklungsländer“ dazu, ein absurdes Verhalten an den Tag zu legen. Denn obwohl die „Entwicklungsländer“ – hauptsächlich die Rohstoffe ausführenden Länder und China – bei weitem die Mehrheit an den weltweit verzeichneten internationalen Devisenreserven (vor allem in Dollar) halten, verschulden sie sich weiter. Was machen sie? Sie kaufen US-Staatsschuldscheine, oder anders gesagt, sie leihen der amerikanischen Regierung Geld. Sie hinterlegen diese Staatsschuldscheine in den Tresorräumen ihrer Zentralbank und geben anschließend öffentliche Anleihen an der Wall Street oder auf ihrem Inlandsmarkt aus. Was völlig widersinnig ist: die Staatsschuldscheine der USA werden nur sehr niedrig verzinst, während die Gläubiger der Entwicklungsländer für die Kredite die sie ihnen in Dollar geben, viel höhere Zinssätze beziehen. |3|. Die führenden Politiker dieser Länder täten besser daran, sich nicht zu verschulden und ihre Reserven für produktive Investitionen und soziale Ausgaben zu nutzen, um die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen zu verbessern.

Das zweite Dogma ist das des grenzüberschreitenden Verkehrs von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. In den hochindustrialisierten Ländern gilt diese Freizügigkeit nicht für die Arbeitnehmer und Menschen, was in vollständigem Widerspruch zur neoliberalen Theorie steht. Es muss darauf hingewiesen werden, dass Adam Smith, die Bezugsfigur der Neoliberalen, auch die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit der Arbeitnehmer befürwortete.

Das dritte Dogma - in völligem Widerspruch zur Wirklichkeit - ist der Gedanke, dass es ausreichen würde, **den Armen einen besseren Zugang zum Markt zu geben, um der Armut ein Ende zu bereiten, Stattdessen ist** die Überwindung der Armut eine Angelegenheit des Staates, der strukturelle Veränderungen zu veranlassen hat, die der sozialen Ungerechtigkeit ein Ende setzen.

Die üble Rolle der unter dem Namen „*Washington Consensus*“ geläufigen makroökonomischen Politik ist im Lauf der letzten 20 Jahre vielfach ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.

Ein Beispiel: die Lebensmittelkrise 2007-2008

In den Jahren 2007-2008 ist die Zahl der an Hunger leidenden Menschen um 140 Millionen gestiegen. Dieser scharfe Anstieg ist die Folge der Explosion der Nahrungsmittelpreise |4|. In vielen sich wirtschaftlich entwickelnden Ländern hat sich der Ladenpreis für Nahrungsmittel um 50% erhöht. Woher dieser Anstieg?

Einerseits verstärkten die staatlichen Instanzen im Norden die Beihilfen und Fördermittel für Agrartreibstoffe (oft missverständlich als Biokraftstoffe bezeichnet, obwohl weder „bio“ noch „ökologisch“). Plötzlich hat es sich gelohnt, auf den Feldern vom Nahrungsmittelanbau auf Futter- und Ölpflanzen umzusteigen oder einen Teil der Getreideproduktion (Mais, Weizen usw.) durch solche Pflanzen zu ersetzen, die als Agrarkraftstoffe dienen sollten (u. a. Raps). Diese Umstellung hat zu einem geringeren Nahrungsmittelangebot auf dem Weltmarkt und in Folge dessen weltweit zu einer Preiserhöhung geführt.

Andererseits platzte 2007 in USA die Immobilienblase. Die verheerenden Folgen waren auf der ganzen Welt spürbar. Die großen Investoren (Rentenfonds, Investitionsbanken, Hedgefonds u. dgl.) verlegten daraufhin den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten an die Börsen, wo mit Termingeschäften auf Grundnahrungsmittel spekuliert wird – insbesondere auf drei amerikanische, auf Getreide-Termingeschäfte spezialisierte Börsen: Chicago, Kansas City und Minneapolis.

Aufgrund der seit den Schuldenkrisen von IWF und Weltbank aufgezwungenen politischen Weichenstellungen hatten die „Entwicklungsländer“ jegliche **Schutzmechanismen verloren** und waren insofern besonders verwundbar. In der Tat verleiteten diese Institutionen die Regierungen des (globalen) Südens, die Anbauflächen für Eigenbedarfskulturen zu verringern und sich stattdessen auf den Anbau von **Exportpflanzen** zu spezialisieren, Preiskontrollen aufzugeben, keinen den Eigenbedarf deckenden Getreideanbau mehr zu betreiben und keine Getreidesilos für den heimischen Markt mehr anzulegen, die sozialen Haushaltspläne massiv zu kürzen, Fördermittel für Grundnahrungsmittel abzubauen und die Grenzen für Lebensmittelimporte zu öffnen – was einen ungleichen Wettbewerb zwischen den Kleinbauern vor Ort und den transnationalen Konzernen entfachte, die Wirtschaft vieler Staaten in extreme Abhängigkeit von den Weltmärkten brachte und ihre Autonomie infolgedessen schwächte…

Als Meister in der Kunst des Plünderns gestehen die kritisierten Institutionen zwar gewisse Fehler ein, aber nur, um die Fäden des internationalen Spiels besser in der Hand halten zu können. Während sie das Verbrechen begangen haben, ein Wirt-

schaftsmodell durchzusetzen, das armen Menschen absichtlich die Lebensgrundlage entzieht und sie auf Gedeih und Verderb den wüstesten Spekulanten ausliefert, kann ein schüchternes *mea culpa* ihrerseits in einem halbvertraulichen Schriftstück natürlich nicht ausreichen.

Laut der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) hat sich die Lage im Jahr 2010 gebessert |5|, aber es ist klar, dass das Entwicklungsziel Nr. 1 der Milleniumsziele bis 2015 nicht erreicht wird.

Dieser kurzen Analyse der Ursachen für die Lebensmittelkrise von 2007-2008 sollte eine Feststellung hinzugefügt werden. Fantu Cherus, eines unabhängigen Fachmanns der UN-Menschenrechtskommission, schrieb bereits 1999: „*Die Strukturanpassung geht über die einfache Durchsetzung einer Reihe makroökonomischer Maßnahmen auf inländischer Ebene hinaus. Sie ist der Ausdruck eines politischen Vorhabens, einer absichtlichen Strategie des sozialen Wandels auf weltweiter Ebene mit dem hauptsächlichen Ziel, den Planeten in ein Aktionsfeld zu verwandeln, auf dem die transnationalen Konzerne in aller Ruhe ihre Geschäfte durchführen können. Kurz, die Strukturanpassungsprogranmme (SAP) spielen die Rolle von ‚Treibriemen', durch die sich der Globalisierungsprozess mittels Privatisierung, Deregulierung und Verringerung der Rolle des Staats bei der nationalen Entwicklung leichter abwickeln lässt.*" |6|

III. **Es wäre ein Irrtum, zu meinen, diese politischen Ziele seien fallen gelassen worden.** Auch wenn Weltbank und IWF beteuern, die Rezepte des *Washington Consensus* seien durch eine neue Politik ersetzt worden, strafen die Tatsachen diese Beteuerungen Lügen. Diese Institutionen geben genauso wie die OECD weiterhin dieselben Empfehlungen ab, bei denen es sich oft genug um auf erpresserische Weise durchgesetzte Verpflichtungen handelt. Dies war der Fall in **Haiti** |7| oder in **Pakistan** |8|, Länder, deren Bürger sehr hart von Naturkatastrophen getroffen wurden. Der IWF unterstützt auch weiterhin diktatorische Regime: Im September 2010 hat er beschlossen, der Militärdiktatur von **Honduras** einen Kredit von 192 Millionen Dollar zu bewilligen.

IV. **Haben wir die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007 hinter uns?**
Zurzeit lindern drei Faktoren die krisenbedingte Belastung der „Entwicklungsländer", aber die Lage kann sich rapide verschlechtern:

1. Die hohen Rohstoffpreise, auf sie der hohe Stand an internationalen Reserven zurückzuführen ist;

2. Der niedrige Zinssatz und die ebenfalls niedrigen „Länderrisiko"-Prämien;

3. Kapitalflüsse zu den Börsen der Schwellenländer hin.
Wenn die Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer (amerikanische Notenbank, europäische Zentralbank, Bank von England, japanische Zentralbank) beschließen, ihre Leitzinsen zu erhöhen, wird dieser Entschluss die Refinanzierungskosten der Außenschuld der „Entwicklungsländer" drastisch erhöhen, und die Rohstoffpreise könnten fallen, denn der Preis ist heute von der riesigen internationalen Geldmasse und der Spekulation abhängig. Würde auch die chinesische Wirtschaft in eine Krise geraten, könnte dies gleichfalls zu einem Absacken der Rohstoffpreise führen.

V. **Es ist notwendig, auf die in der „Erklärung über das Recht auf Entwicklung" enthaltenen Empfehlungen zurückzukommen,** die die UN-Generalversammlung am 4. Dezember 1986 in ihrer Resolution 41/128 verabschiedet hat |9|. Es ist erforderlich, nicht nur auf der Ebene der internationalen Gemeinschaft, sondern auch auf der Ebene eines jeden souveränen Staates zu handeln, der übrigens auch unilaterale Maßnahmen ergreifen kann, die auf internationalem Recht basieren.

Artikel 1 der Erklärung der Vereinten Nationen über das Recht auf Entwicklung verkündet: „*Das Menschenrecht auf Entwicklung bedingt auch die volle Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, wozu vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen der beiden Internationalen Menschenrechtspakte auch die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Bodenschätze gehört.*"
Artikel 8 führt aus: „*Es sollten geeignete wirtschaftliche und soziale Reformen mit dem Ziel vorgenommen werden, alle sozialen Ungerechtigkeiten auszuräumen.*"

VI. **Empfehlungen oder konkrete Alternativen, die sowohl von der internationalen Gemeinschaft als auch den souveränen Staaten umgesetzt werden können.**

- Globale Steuer: Ein Beispiel für eine solche Steuer wäre die Tobin-Steuer (auf Geldgeschäfte).
- Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts der hochindustrialisierten Länder, und zwar dies ausschließlich in Form von Spenden (2010 haben die OECD-Länder nur 0,35% aufgewendet – die Hälfte ihrer Zusagen von 1970, wobei es sich zudem um eine sehr hoch geschätzte Zahl handelt); Umwandlung der Hilfe in einen Reparationsfonds für die Schäden, die den Völkern des Südens im Lauf der letzten fünf Jahrhunderte durch Plünderung und Beherrschung seitens der Mächte des Nordens zugefügt wurden.
- Aufbau einer neuen Finanzdisziplin, die Geschäfte mit Steuerparadiesen untersagt.
- Umsetzung einer Steuerreform zur Umverteilung des Reichtums in jedem Land.
- Rückgabe an die Völker des Südens der Reichtümer, die von den herrschenden Eliten dieser Länder auf ungerechtfertigte Weise erworben und in den Ländern des Nordens und in den Steuerparadiesen angelegt wurden.
- Drastische Kürzung von Rüstungsausgaben und Investition der eingesparten Beträge in sozialpolitische Programme.
- Audits zu Staatsverschuldungen, um unrechtmäßige Anteile festzustellen und diese aufzuheben oder zu widerrufen. 2006 hat **Norwegen** einseitig die Schuld von fünf Ländern des Südens aufgehoben (Ecuador, Peru, Jamaika, Ägypten und Sierra Leone). Norwegen war der Auffassung, dass die bewilligten Kredite nicht der Entwicklung dieser Staaten gedient hatten und gestand ein, dass sie in Wirklichkeit gebilligt worden waren, um den Bau und die Ausfuhr von Schiffen durch die norwegische Industrie zu stützen. 2007 hat Ecuador eine Kommission zur Gesamtrechnungsprüfung der staatlichen Inlands- und Auslandsschuld eingerichtet (der ich angehörte) und die von Juli 2007 bis September 2008 tätig war. Aufgrund der Schlussfolgerungen der Rechnungsprüfung hat Ecuador beschlossen, die Zahlung von 3,2 Milliarden Dollar Schulden in Form von Staatsanleihen einseitig auszusetzen und hat so mehr als 2 Milliarden Dollar einsparen können.
- Aufbau neuer Institutionen auf regionaler Ebene. Ein Beispiel ist die „Bank des Südens".
- Einrichtungen wie Weltbank IWF sind durch wirklich demokratische Einrichtungen zu **ersetzen**, die die Charta der Vereinten Nationen und alle internationalen Menschenrechtspakte und -abkommen einhalten.
- Wiedererlangung der Kontrolle über die Naturvorkommen und Bodenschätze.
- Durchführung einer Agrarreform, bei der das fruchtbare Land an diejenigen verteilt wird, die es bewirtschaften, und die die **Nahrungsmittelsouveränität** gewährleistet.

Die sich abzeichnende Klimakrise trifft – heute wie morgen – alle Völker, besonders aber die des globalen Südens. Es ist daher wichtig, die Schlussfolgerungen des Völkergipfels zum Klimawandel zu beachten, der in April 2010 in **Cochabamba** auf Initiative der bolivianischen Regierung stattgefunden hat.

Ja, es ist möglich, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden, aber nur durch die Einsetzung einer neuen, grundlegend umgestalteten internationalen Ordnung, im Rahmen eines anderen, die Menschen und die Natur zugleich berücksichtigenden Entwicklungsmodells.

Anmerkungen:

|1| Siehe http://www.un.org/webcast/2010.html, 15. September 2010, Special Event: Interactive debate on Democracy and the Millennium Development Goals.

|2| China und Indien sind keine Modelle. Siehe Eric Toussaint „L'envers des miracles chinois et indien": http://www.cadtm.org/L-envers-des-miracles-chinois-et; Damien Millet et Eric Toussaint „La Banque mondiale découvre d'un coup 400 millions de pauvres en plus, http://www.cadtm.org/La-Banque-mondiale-decouvre-d-un

|3| Siehe Eric Toussaint „Banque du Sud, contexte international et alternatives", insbesondere Punkt 2.C: http://www.cadtm.org/Banque-du-Sud-contexte,1998 Siehe auch „Il faut une Banque du Sud http://www.cadtm.org/Il-faut-une-Banque-du-Sud

|4| Siehe Damien Millet und Eric Toussaint „Retour sur les causes de la crise alimentaire": http://www.cadtm.org/Retour-sur-les-causes-de-la-crise und Eric Toussaint „Une fois encore sur les causes de la crise alimentaire": http://www.cadtm.org/Une-fois-encore-sur-les-causes-de
S. dazu SiG 74,
http://sandimgetriebe.attac.at/8149.html

|5| http://www.fao.org/docrep/012/al390f/al390f00.pdf

|6| Auszug aus den von dem unabhängigen Sachverständigen Fantu Cheru vorgelegten Bericht, entsprechend den Beschlüssen 1198/102 und 1997/103 der Genfer UN-Menschenrechtskommission von 1999 : http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G99/110/10/PDF/G9911010.pdf?OpenElement

|7|nachzulesen in: „Le CADTM dénonce le prêt du FMI et exige que les créanciers versent des réparations pour Haïti", 30. Januar 2010: http://www.cadtm.org/Le-CADTM-denonce-le-pret-du-FMI-et

|8| Damien Millet, Sophie Perchellet, Eric Toussaint „Inondations et dette, la double peine pour le Pakistan", 26. August 2010: http://www.cadtm.org/Inondations-et-dette-la-double
S. dazu SiG 85
http://sandimgetriebe.attac.at/9132.html

|9| http://www2.ohchr.org/french/law/developpement.htm

http://www.cadtm.org/Intervention-d-Eric-Toussaint-aux

Übersetzt von Angelika Gross, korrigiert von Bernhard Sallegger, coorditrad.

Arundhati Roy bedroht

Die indische Schriftstellerin, die unter anderem durch ihre großartige Rede anläßlich des Weltsozialforums im Januar 2004 in MUMBAI bekannt wurde, (SiG 30, http://sandimgetriebe.attac.at/2838.html) soll wegen „Volksverhetzung" vor Gericht gestellt werden. Ihre Wohnung wurde von Hindu-Nationalisten verwüstet. Sie hatte sich gegen die Unterdrückung der Bevölkerung in Kaschmir ausgesprochen und einen Bericht über ihren Besuch bei den maoistischen Guerillas im „roten Gürtel" Indiens geschrieben.

Englischer Text unter http://indianvanguard.wordpress.com/2010/03/21/arundhati-roy-walking-with-the-comrades/
Diesen Bericht hat Einar Schlereth übersetzt; Er ist unter http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=1954 zu finden,
Auszüge in Sand im Getriebe Nr. 82, http://sandimgetriebe.attac.at/8803.html
Auszüge einer anderen Übersetzung in Lettre Internationale 90: http://www.lettre.de/aktuell/90-Roy.html

Lucas Zeise

Der nächste Krisenabschnitt folgt

Das Weltwirtschaftsmodell funktioniert nicht mehr

Ist die Wirtschaftskrise nun vorbei oder dauert sie noch an? Wenn man sich auf Deutschland konzentriert, kann man schon einmal eine erste positive Antwort geben. Die Rezession ist vorbei. Sie hörte im 3. Quartal 2009 auf. Denn im zweiten Halbjahr des vorigen Jahres gab es nach fünf Quartalen Schrumpfung erstmals wieder einen leichten Zuwachs des Bruttosozialprodukts (BSP). Im 2. Quartal dieses Jahres ist das Bruttosozialprodukt sogar kräftig gestiegen - um etwa 2 Prozent gegenüber dem Vorquartal, was eine Jahreswachstumsrate von sage und schreibe 9 Prozent ergibt.

Man verzeihe den Zahlensalat. Das mit der Jahreswachstumsrate ist eine bei den Amerikanern beliebte Methode. Im Grunde ist es ganz vernünftig, das jeweils aktuelle Tempo des Wachstums in einheitlicher Zählweise anzugeben. Es wird so getan, als würde die aktuelle Wachstumsgeschwindigkeit ein Jahr lang durchgehalten werden und dann gemessen, um wie viel Prozent höher das Bruttosozialprodukt dann wäre. So ähnlich macht es auch der Tachometer im Auto. Zeigt er 100 km/h an, würden beim aktuellen Tempo in einer Stunde 100 Kilometer abgefahren sein. Kein Mensch allerdings schlussfolgert daraus, dass Autofahrer und Auto tatsächlich eine Stunde lang 100 Kilometer fahren werden.

Diesen Fehler, nämlich einfach die aktuelle Entwicklung fortzuschreiben, machen Volkswirte und Konjunkturbeobachter am häufigsten. Sie schauen auf den Tacho und schließen daraus, wohin die Reise geht. Nicht immer gehen sie so vor. Vor allem dann nicht, wenn es gerade abwärts geht. Als zum Beispiel im Winterhalbjahr 2008/09 Auftragseingang, Produktion und Absatz steil abstürzten, weigerten sich die meisten Volkswirte, so zu kalkulieren, sprachen von einem außergewöhnlichen Schock durch die Finanzkrise, und hofften, normale Zeiten würden irgendwann wieder zurückkehren. Das scheint im ersten Halbjahr 2010 nun endlich wieder der Fall zu sein. Die Begeisterung über das 2prozentige Wachstumstempo (von Quartal zu Quartal gerechnet) und das 9prozentige Tempo (übers Jahr gerechnet) war riesengroß.

Um nicht den Berufsstand der Konjunkturforscher als ganzen zu verunglimpfen, kann eingeräumt werden: Nur die wahrhaft einfältigen unter ihnen, beispielsweise Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, rechnen das aktuelle Wachstumstempo einfach in einen wahren "XXL-Aufschwung" in die Zukunft weiter. Nur zwei Gruppen von Menschen wagen überhaupt die These aufzustellen, die Krise sei nun vorbei. Die erste Gruppe besteht aus der Bundesregierung und ihrem kleiner werdenden Anhängerkreis. Die zweite Gruppe ist die Spitze der IG Metall. Sie sieht ihre Strategie des Lohnverzichts zugunsten der deutschen Exporteure glänzend bestätigt, weil diese dank niedriger Kosten die Konkurrenz auf den Weltmärkten aus dem Feld schlagen und ihre Gewinne über das Vorkrisenniveau hinaus steigern konnten. Mit dem Ruf, "die Krise ist vorbei" erhoffen Berthold Huber und seine Vorstandskollegen sich nun eine kleine Belohnung für ihr sozialpartnerschaftliches Verhalten.

Ökonomische Alphabetisierung vom Feinsten

Lucas Zeise: **Geld - der vertrackte Kern des Kapitalismus,** Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors, *Papyrossa Verlag*

Ausgewogene Urteile

Die große Mehrheit der Volkswirte wiegt bei aller Freude über die unverhofft starke Erholung doch ein wenig sorgenvoll den Kopf und fürchtet, wie sie sich ausdrücken, ein "leichtes Nachlassen der Wachstumskräfte". Zu so ausgewogenem Urteil kommen beispielsweise die Fachleute bei der Deutschen Bundesbank. Sie müssen beides sagen:
Erstens, dass der Aufschwung robust gesichert und stabil ist. Sie müssen das deshalb so sagen, weil ihr Chef Axel Weber wie alle Bundesbanker vor ihm die Regierung zu rigorosem Sparen, vor allem im Sozialhaushalt dringend auffordern. Die Fiskalpolitik muss restriktiv sein, finden sie. Wenn der Aufschwung aber nicht robust sondern abhängig von den Konjunkturprogrammen und Fördermaßnahmen der Berliner und anderer Regierungen ist, könnten Bürger und Politiker gar zum Schluss kommen, man solle nicht allzu rigoros sparen.
Zweitens aber müssen sie sagen, dass der Aufschwung gefährdet ist. Denn die Europäische Zentralbank (EZB), deren größte Aktionärin die Deutsche Bundesbank ist, hält den Leitzins unverändert auf einem rekordniedrigen Niveau von 1 Prozent. So einen extrem niedrigen Zins gab es in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg noch nie. Er signalisiert Wachstumsschwäche, Krise. Er ist ein Zeichen dafür, dass die Notenbank alles tun will, um eine darniederliegende Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Mit extrem niedrigen Zinsen sollen die Banken in die Lage versetzt werden, viele Kredite so billig zu vergeben, damit viele Investitionen getätigt werden. Mit niedrigen Zinsen sollen vor allem auch die Banken selbst wieder aufgepäppelt werden. Um die niedrigen Zinsen zu rechtfertigen, müssen Bundesbank und EZB also einräumen, dass die Gefahr eines Rückschlags besteht. Die Konjunktur ist dann doch nicht so robust, jedenfalls weniger schwungvoll, als Rainer Brüderle, Angela Merkel und Bertold Huber meinen.
Die Zentralbanker haben mit ihrer zwiespältigen Analyse sogar recht. **Was in Deutschland floriert, ist der Export. Alles andere, nämlich Konsum und Investitionen stagnieren**. Ein solches Bild ist für die deutsche Volkswirtschaft am Anfang eines Konjunkturaufschwungs nicht ungewöhnlich. So war es auch 2005, als nach drei Jahren, in denen der Export kräftig gewachsen war, endlich auch die Investitionen und die Beschäftigung etwas anzogen und dann 2006 und 2007 einen viel bejubelten, tatsächlichen Wirtschaftsaufschwung bewirkten. Die Voraussetzung dafür, dass der Export mehrere Jahre lang kräftige Zuwachsraten erzielt, war damals gegeben. Die Weltkonjunktur erlebte 2003 bis 2007 einen kräftigen Aufschwung.
Vor allem in der größten Volkswirtschaft des Globus, den **USA**, ging es zügig aufwärts. Die US-amerikanischen Verbraucher kauften und konsumierten mehr, als man es angesichts der seit Jahren stagnierenden Löhne in diesem Land normalerweise erwarten konnte. Allein, sie taten es. Über viele Jahre hinweg schon gaben die US-Haushalte Monat für Monat mehr Dollar aus, als sie verdienten. Die lebhafte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen bescherten den USA ein höheres Wirtschaftswachstum als in Europa oder gar Japan. Sie sorgte auch für kräftig steigende Importe, was bei stagnierenden Exporten zu einer immer größer werdenden negativen Handels- und Leistungsbilanz führte.
In **Asien** bauten viele Länder ihr Wirtschaftsmodell auf den scheinbar für immer herrschenden Konsumgütermarkt USA aus. Die unglaublich hohen Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft wären ohne den lange andauernden Importsog aus den USA nicht möglich gewesen. Die positive Wirkung für die deutsche Exportwirtschaft war eher indirekt. Nur 11 bis 12 Prozent des

deutschen Exports geht direkt in die USA. In Deutschland hergestellte Autos, Maschinen und Chemieprodukte wurden aber umso kräftiger nachgefragt, je munterer die Unternehmen in aller Welt ihren Export in die USA steigern konnten.

Der **Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007** hat dem frohen Treiben, wie man weiß, ein Ende gemacht. Anders ausgedrückt: die Finanzkrise bestand gerade darin, dass die Banker, Hedge-Fonds-Manager und andere Personen in aller Welt, die über die Verwendung erheblicher Geldsummen entscheiden, nicht nur erkannten, dass ein Gutteil der von den einfachen US-Bürgern aufgehäuften Schulden nicht mehr zurückgezahlt werden würde, sondern auch danach handelten. Die Banken besaßen nun einen Haufen uneinbringlicher Forderungen. Die mussten abgeschrieben werden, was zu Verlusten führte. Die US-Bürger besaßen einen Haufen Schulden, die nicht dadurch geringer wurden, dass der Preis ihres Wohnhauses und/oder die in Aussicht gestellten Rentenleistungen ihres Pensionsfonds sich halbierten.

Diese Finanzkrise führte deshalb zu einem so tiefen **Einbruch in der Weltwirtschaft**, weil sie mit einem Schlag die wichtigste Antriebskraft auf der Nachfrageseite beseitigte. Das über Jahre hinweg gut funktionierende Weltwirtschaftsmodell funktionierte nicht mehr. Die Volkswirte hatten in den Zeiten, als es noch gut lief, den US-Bürger als den "**Konsumenten letzter Instanz**" bezeichnet. Das sollte heißen, wenn der Weltmarkt darniederliegt und die Nachfrage erlischt, so ist doch immer auf den amerikanischen Käufer von Waren Verlass. Er öffnet sein Portemonnaie und zahlt mit Kreditkarte, deren Kontostand immer tiefer ins Minus gerät. Aber er zahlt. Dieser Konsument ist heute nichts mehr wert. Er genießt keinen Kredit mehr. Die Bank hat ihm das Konto gesperrt. Selbst wenn er noch wollte. Er kann nicht mehr kaufen wie bisher.

Die Wirkung des **Nachfrageausfalls** nachzuzeichnen, heißt den Verlauf der Weltwirtschaftskrise zu schildern.
Im Sommer 2007 brach die Finanzkrise aus. Im 4. Quartal desselben Jahres gerieten die USA in die zunächst leichte Rezession. Die Regierung Bush reagierte schnell und verteilte im Mai/Juni 2008 ca. 160 Mrd. Dollar unters Volk. Bemerkenswert für eine so reaktionäre Regierung, dass auch mittellose Nicht-Steuerzahler Schecks von der Regierung erhielten. 160 Mrd. Dollar ist eine Menge Geld. Es reichte aus, um die Nachfrage einigermaßen zu stabilisieren, zu mehr aber nicht. In diesem ersten Halbjahr 2008 begriffen die Lieferanten in aller Welt, dass ihr bester Kunde abhanden gekommen war. Der US-Konsum stagnierte nur noch trotz des ersten Konjunkturprogramms. In den Sommermonaten kürzten und strichen die Exportindustriellen in aller Welt ihre Investitionen. Das führte zu einem drastischen Einbruch der Aufträge für Investitionsgüter. Im deutschen Maschinenbau fiel der Auftragseingang in den Sommer- und Herbstmonaten 2008 um mehr als 50 Prozent zurück. Zugleich erreichte mit der Pleite von Lehman Brothers in New York die Bankenkrise einen neuen Höhepunkt. Weitere Unternehmen stellten geplante Investitionen zurück und stornierten die entsprechenden Aufträge für Bauten und Maschinen.
Der Ausgangspunkt der Weltrezession war die leicht zurückgehende Konsumnachfrage in den USA. Der scharfe Knick nach unten, der darauf folgte, fand bei der Nachfrage nach Investitionsgütern in aller Welt statt.

Abwärtsspirale zunächst vermieden

Die globale Wirtschaft drohte an dieser Stelle in eine Abwärtsspirale, etwa wie folgt, zu geraten. Die sinkende Produktion in der Industrie führt zu Entlassungen, zu geringeren Aufträgen für Dienstleistungen und Waren aller Art und zu Pleiten von Zulieferbetrieben. Die damit auf breiter Front steigende Arbeitslosigkeit führt dann zu nicht nur stagnierenden sondern schrumpfenden Ausgaben der Haushalte. Das wiederum dämpft die Geschäfte des Handels und senkt die Produktion weiter und in weiteren Branchen. Es folgen noch mehr Entlassungen und noch größere Arbeitslosigkeit.
Aus zwei Gründen wurde eine derartige Abwärtsspirale bei dieser Weltwirtschaftskrise - anders als 1929 folgende - zunächst vermieden.
Zum einen bestehen in den meisten entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften **immer noch soziale Sicherungssysteme** und überhaupt **ein großer staatlicher Sektor**. Entlassungen sind in Ländern wie Deutschland nicht ganz einfach. Zwar ist die Arbeitslosenversicherung reduziert worden, aber es gibt sie noch. Das Instrument der Kurzarbeit hat zudem den Anstieg der Arbeitslosigkeit gedämpft. Der Staatssektor stabilisiert in der Krise die Nachfrage. Die Bürokratie funktioniert zunächst weiter und wird vom Konjunkturgeschehen nicht beeinträchtigt.
Zweitens haben die Regierungen fast aller Länder **massive Ausgabenprogramme** beschlossen und durchgezogen. Selbst die deutsche von CDU, CSU und SPD gestellte Regierung hat im Winter 2008/09 ganz gegen die eigene Programmatik zwei Konjunkturprogramme aufgelegt. Die Regierungen anderer Länder handelten ähnlich. Relativ zur Größe der eigenen Volkswirtschaft war das Konjunkturprogramm der VR China besonders umfassend. Der weitaus wichtigste Kunde des Landes war nicht mehr zahlungskräftig.
Die noch bestehenden sozialen Sicherungssysteme und die riesigen Konjunkturprogramme wirkten in den verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich. So stieg in den USA die Arbeitslosigkeit dramatisch, während sie sich in Deutschland nur relativ mäßig erhöhte.

Entscheidend war aber für die Weltkonjunktur der aggregierte Gesamteffekt. Die Nachfrage konnte stabilisiert werden. Die **Schwellenländer** wie Indien, Brasilien und China kehrten zu ähnlich hohen Wachstumsraten zurück wie vor der Krise. In den alten Industrieländern in Europa und Nordamerika stabilisierte sich die Lage. Weil der Absturz bei den Investitionen so enorm steil gewesen war, sorgte die Stabilisierung dann auch umgekehrt in einigen Branchen zu einer scharfen Revision der Investitionsplanung nach oben. Dadurch entstand eine Art Gummiball-Effekt. Die Weltkonjunktur erholte sich relativ rasch. Länder wie Deutschland wurden dabei ebenso besonders begünstigt, wie sie bei Ausbruch der Weltrezession einen besonders scharfen Einbruch von Aufträgen, Produktion und allgemeiner Wirtschaftsleistung hatten hinnehmen müssen.
Völlig verfehlt ist es demnach, aus der Tatsache, dass das Wachstum in **Deutschland** innerhalb der EU aktuell relativ hoch ist, von einer Lokomotivfunktion der deutschen Volkswirtschaft in der EU zu sprechen. Eher ist nach wie vor das Gegenteil der Fall. Der deutsche Export gedeiht, weil die Weltwirtschaft sich ein wenig erholt hat und weil die EU-Länder trotz Krise immer noch relativ viele Waren aus Deutschland beziehen. Weil die Euro-Krise nach dem Willen der Regierung in Berlin aber so gelöst werden soll, dass die Defizitländer Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Italien den Gürtel enger schnallen, dürfte der Export in diese Länder sich alsbald wenig positiv entwickeln.
Noch weniger Erfreuliches ist aus den **USA** zu erwarten. Zwar haben die hohen Ausgabenprogramme, die - ganz wie unter Bush, nur ein bisschen mehr davon - weitergeführt wurden, auch dort eine Abwärtsspirale verhindert und zu etwas Wachstum geführt. Die Arbeitslosigkeit ist aber wegen der noch unternehmerfreundlicheren Gesetzgebung massiv gestiegen. Wenn die Stützung des privaten Konsums durch die Regierung im kommenden Jahr ausläuft, geht den US-Haushalten schlicht das Geld aus. Da sie nach wie vor hoch verschuldet sind, können und wollen sie die Rolle des "Konsumenten letzter Instanz" nicht mehr spielen. Der Rückfall in die Rezession ist dann wahrscheinlich. Wahrscheinlich ist auch, dass das den **zweiten Abschnitt der Weltwirtschaftskrise** einläutet.
Leider zeigt sich dabei eine **Parallele zur Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre** des vorigen Jahrhunderts. Auch damals gab es zunächst eine Stabilisierung, danach einen Rückfall, der schlimmer ausfiel als die Anfangsrezession.

Quelle: Marxistische Blätter 10/2010; mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlicht.

Elmar Altvater

Die Dollardämmerung hat begonnen

Seit Monaten fordern die USA, China müsse seine Währung aufwerten, während China versucht, die globale Hegemonie des US-Dollar zu durchbrechen. Es drohen ein Handelskonflikt und ein Währungskrieg. Doch wem geht es wirklich an den Kragen?

Der Hurrikan der Finanzkrise ist noch nicht vorbei, da naht schon der nächste Wirbelsturm, der einer Währungskrise, ja eines Währungskriegs. Zuerst sprach der brasilianische Finanzminister davon, dann der Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank am Wochenende in Washington.

Die Lage ist ernst. Die schon seit Jahren auf jeder Tagung der G8-Industrienationen angesprochenen «strukturellen Ungleichgewichte» geraten außer Kontrolle. Ein weltwirtschaftlicher Umbruch kündigt sich an. Es stellt sich die Frage: Kann der US-Dollar seine Position als Reservewährung halten – und können Welthandel, Finanztransaktionen und nicht zuletzt die Verträge über Öllieferungen wie bisher üblich in US-Dollar abgewickelt werden, wenn gleichzeitig die politischen und wirtschaftlichen Eliten der USA aggressiv eine Aufwertung des chinesischen Renminbi Yuan verlangen? Denn das ist spiegelbildlich die Ankündigung einer Abwertung des US-Dollar. Wenn andere Länder dieser Forderung folgen, haben wir einen Währungskrieg wie schon einmal im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

Seit mehr als einem Jahrzehnt steigen die Leistungsbilanzüberschüsse einiger Regionen (Ostasiens, Öl exportierender Länder), während vor allem die USA ein steigendes Defizit ihrer Leistungsbilanz aufweisen. Doch sind die Ersparnisse sowie die mangelnde Binnennachfrage in China, Japan, Indien und deren Exportüberschüsse wirklich für die destabilisierenden Defizite der USA verantwortlich, wie von deren Seite behauptet wird?

Logiken der Währungsabwertung

Das Argument, die asiatischen Länder, in erster Linie China, würden eine protektionistische Politik verfolgen und gleichzeitig eine Aufwertung der eigenen Währung verhindern, um so Exportvorteile zu erzielen, ist absurd. Wenn die asiatischen Länder weniger sparen und mehr konsumieren würden, hieße das längst nicht, dass die USA und ihre BürgerInnen auf Konsum verzichten, mehr sparen und exportieren und so das Leistungsbilanzdefizit verringern würden. Die Konkurrenzposition eines Landes entscheidet sich auch auf den Devisenmärkten, doch vor allem in der Realwirtschaft.

Eine Dollarabwertung könnte die US-SteuerzahlerInnen allerdings von den Milliardenverlusten ihres Finanzsystems, von den Schulden aus der Zeit des Konsumrausches und des Feldzugs gegen den «Terrorismus» entlasten. Die Möglichkeit zur Externalisierung von Verlusten, also der Verlagerung von Schuldenrückzahlungen auf zukünftige Generationen, haben freilich nur Länder, deren Währung als Reservewährung gehalten wird. Andere Staaten haben sie nicht, denn der Wert der Dollarreserven außerhalb der USA schwindet mit dem Abwertungssatz. Eine Flucht aus dem US-Dollar würde in diesen Ländern den Kurs weiter absacken lassen und die eigene Währung aufwerten. Dies wiederum verteuerte die Exporte. Ein doppelter Gewinn für das Reservewährungsland USA und ein doppelter Verlust für alle anderen.

Kein Wunder, dass die Begeisterung für eine Dollarabwertung nicht sehr groß ist. China hat aus seinen Währungsreserven hohe Stützungskredite an eine Reihe von Staaten vergeben, um sie in der Finanzkrise der letzten Jahre zu stärken – und vergrößert so gleichzeitig seinen geopolitischen Einfluss. Das Schwellenland China greift auch dem Euro unter die Arme, indem beispielsweise **Griechenland** geholfen wird. Grund dafür: Wenn schon die Aufwertung des Yuan gegenüber dem US-Dollar nicht auf Dauer zu verhindern ist, soll wenigstens der Euro nicht auch noch an Wert verlieren und die chinesischen Exporte nach Europa verteuern.

Der Kampf um die Wechselkurse ist daher eine Auseinandersetzung um die weltwirtschaftliche Hegemonie.

Welche Währung der Welt ist nun aber zum Fixstern der Weltwährung prädestiniert, um den andere Währungen wie Planeten und Trabanten kreisen? Was dem Fixstern Masse und Energie, sind der Weltwährung Verfügbarkeit und Sicherheit. Besonders sicher ist das Gold, doch ist es nur in endlichen Mengen verfügbar – eine schlechte Eigenschaft angesichts der Maßlosigkeit des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Aber wenn der sowieso stockt und obendrein die Abwertung der Weltwährung droht, wird Gold wie gegenwärtig wieder zum Objekt spekulativer Begierde.

Papiergeld oder elektronisches Geld hingegen werden durch Geldschöpfung seitens der Zentralbank zusammen mit den Geschäftsbanken verfügbar gemacht. Daher kann nur eine Währung zum Weltgeld aufsteigen, deren Land über ein differenziertes und globales System der Geschäftsbanken verfügt. Ist das chinesische Bankensystem schon so weit? Zweifel sind angebracht.

Dollarbestände im Ausland kann es zudem nur geben, weil die USA mehr ausgeben, als sie einnehmen. Der Dollar ist als Reservewährung stark, weil die USA Schulden auftürmen – und dadurch den Dollar letztlich schwächen. Das ist ein Dilemma, das 1959 nach dem Ökonomen Robert Triffin benannt wurde. Denn eine Währung wird nur akzeptiert, wenn ihr Wert vor Inflation und Abwertung gegenüber anderen Währungen geschützt wird.

Der Staat der Weltwährung muss obendrein Eigentumsrechte und die Sicherheit des Welthandels, der Energieflüsse, der Direktinvestitionen und der Finanzanlagen garantieren. Im Falle der USA sorgt dafür der Machtkomplex bestehend aus Wall Street, dem Weißen Haus, dem

Pentagon sowie dem Zentralbankensystem plus dem IWF.

Lukratives Rezyklieren

Der Präsident der chinesischen Zentralbank, Zhou Xiaochuan, hat 2009 in der Diskussion um die Zukunft des US-Dollar explizit auf das Triffin-Dilemma hingewiesen: «Länder, die die Reservewährung bereitstellen, können nicht gleichzeitig deren Wert aufrechterhalten und die Welt mit Liquidität versorgen», sagte Zhou.

Verfügbarkeit sowie ökonomische und politische Sicherheit der Währung waren die Voraussetzung dafür, dass nach dem Zusammenbruch des festen Wechselkurssystems von Bretton Woods Anfang der siebziger Jahre der US-Dollar als Ölwährung mit einem Coup etabliert werden konnte, den der damalige US-Außenminister Henry Kissinger landete. Die Ölkrise von 1973 hatte der Welt die Bedeutung der Sicherheit der Energieversorgung vor Augen geführt. Dafür erklärten sich die USA zuständig. Das US-Finanzsystem war genügend diversifiziert und überall in der Welt vertreten, um die sprunghaft steigenden Dollareinnahmen der Erdöl exportierenden Länder aus dem Nahen und Mittleren Osten als Kredite an Länder der «dritten Welt» weiterzugeben.

Das war erstens günstig für die US-Währung, denn der US-Dollar konnte als Öl- und Weltwährung für Finanzkontrakte gestärkt werden. Das war zweitens von Vorteil für das internationale Bankensystem, denn an den Krediten konnten die Finanzinstitute prächtig verdienen. Auf diese Weise wurde drittens die US-Hegemonie in der Welt gestützt, die infolge der Kriegsniederlage in Vietnam und der Abwertung des US-Dollar in den späteren siebziger Jahren Risse bekommen hatte. Das sind Vorteile des Landes der Reservewährung, und die festigen die Vorherrschaft.

Wenn diese infrage gestellt wird, reagiert das US-Imperium mit militärischer Härte. Nachdem Saddam Hussein das Öl-für-Lebensmittel-Programm der Uno von Dollar auf Euro umstellte, marschierten die USA, begleitet von ihrer «Allianz der Willigen», im März 2003 in den Irak ein – und schon im Mai verkündete die Organisation Erdöl exportierender Länder OPEC, dass Öl in Zukunft wieder ohne Ausnahme in Dollar fakturiert würde.

Alle Ansätze, den Ölpreis in anderer Währung zu handeln oder gar eine nicht von den USA dominierte Ölbörse einzurichten, sind seitdem stecken geblieben. Auch die iranische Ölbörse, seit Jahren im Gespräch, hat sich gegen die traditionellen Ölhandelsplätze in London und New York nicht durchsetzen können. Der Dollar sitzt auf seinem Ölwährungsthron, mit modernster Militärtechnologie gewappnet. Stellt sich nur die Frage: Wie lange noch?

China ist heute noch nicht in der Lage, alle Bedingungen einer neuen Reservewährung zu erfüllen. Der Yuan ist nicht global verfügbar, weil das chinesische Bankensystem nicht so weit ist. Er ist auch nicht sicher, weil China bislang die Karte der politischen und militärischen Macht nicht gespielt hat.

Doch hat der chinesische Zentralbankchef Zhou Xiaochuan vergangenes Jahr trickreich vorgeschlagen, den US-Dollar um Sonderziehungsrechte (SZR) zu ergänzen (vgl. «Sonderziehungsrechte» am Schluss dieses Textes). Zudem ist China bilaterale Swap-Geschäfte eingegangen, beispielsweise mit Argentinien, in denen die beiden Währungen Peso und Yuan getauscht werden, ohne auf den US-Dollar oder andere Währungen zurückzugreifen. Diese Maßnahmen könnten als Beginn eines währungspolitischen Bilateralismus von US-Dollar und Yuan interpretiert werden.

Die Pax Americana, die globale Dominanz des Westens und die Freiheit wirtschaftlichen Handels unter der Vorherrschaft der USA, wird demnach von einer **«postamerikanischen» Ordnung** abgelöst. Aber wäre die mit dem Yuan chinesisch? Oder mit dem Euro europäisch? Kann der häufig beschworene Niedergang der US-Hegemonie gestoppt werden?

Es ist heute nicht absehbar, welche einigermaßen stabile Konstellation aus dem chaotischen Nebel der aktuellen Währungskonflikte emporsteigen wird – um eine Dollardämmerung handelt es sich allemal. Auf der Währungskonferenz in Washington konnten die versammelten Staats- und RegierungschefInnen beobachten, wie die Dollarsonne untergeht.

** Elmar Altvater ist Politikwissenschaftler und Ökonom in Berlin. Sein jüngstes Buch beschäftigt sich mit der hegemonialen Auseinandersetzung in der Krise: «Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur». Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster 2010. 263 Seiten. Fr. 24.80.*

Aus: Schweizer Wochenzeitung WOZ
14. Oktober 2010

Sonderziehungsrechte

Sonderziehungsrechte (SZR) sind eine internationale Verrechnungseinheit, die es seit 1969 im Geschäftsverkehr mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gibt. Jedes Mitgliedsland des IWF hat das Recht, mit zugeteilten SZR Schulden gegenüber einem anderen Land zu begleichen und fremde Währungen zu kaufen.

Mit dem Vehikel SZR versucht China einerseits, das Gewicht des Dollar in den chinesischen Währungsreserven zu reduzieren, da der Wert der SZR aus einem Währungskorb berechnet wird, in dem sich neben dem Dollar auch Euro, Yen und britisches Pfund befinden. Andererseits sollen die SZR womöglich für bestimmte Handelsverträge in Position gebracht werden, vielleicht auch für Ölgeschäfte.

http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Globalisierung/dollar5.html

Für eine andere Welt

http://videos.arte.tv/de/videos/fuer_eine_andere_welt-3515288.html

"Griechenland, Frankreich, Dänemark, Brasilien oder China - überall auf der Welt regt sich entschiedener Widerstand. Hier der Zorn der Jugendlichen, dort die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, der Aufstand der vom System Ausgeschlossenen. Nie zuvor war der Geist der Revolte so stark und so verbreitet. Allein im Jahr 2009 wurden weltweit 524 Aufstände gezählt, und fast ein Drittel davon fand in Europa statt. Alle Proteste werden von jungen Menschen getragen, die ihrem Unmut über die Globalisierung Luft machen wollen." (Sendung vom 9.11.2010)
(Frankreich, 2010, 52mn)

Martin Khor

USA-China:
Am Rande eines Handelskriegs?

Neu-alte Obsession der US-Politik

Foto: Financial Times D 8.10.2010

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem neuen Handelsprotektionismus fand jetzt in den Vereinigten Staaten statt. Das Repräsentantenhaus verabschiedete ein Gesetz, das der Regierung die Anhebung von Zöllen auf Produkte aus Ländern gestattet, denen unterstellt wird, ihre Währungen „grundlegend manipuliert" zu haben. Das Gesetz zielt eindeutig auf China, von dem viele in Kongress und in der Administration glauben, dass es den Wert seiner Währung bewusst niedrig hält, um seine Exporte zu steigern. Allerdings wird China in dem Gesetz nicht ausdrücklich aufgeführt, so dass es auch gegen andere Länder verwendet werden könnte.

Gesetz gegen „Währungsmanipulation"

Das Gesetz passierte das Repräsentantenhaus am 29. September mit 348 zu 79 Stimmen, kann aber nicht ohne die Verabschiedung im Senat und die Unterzeichnung durch Präsident Barack Obama in Kraft treten. Es gibt Spekulationen darüber, dass diese beiden Schritte nicht so wahrscheinlich sind und dass das Gesetz des Repräsentantenhauses eher eine Drohung ist, die den Druck auf China steigern soll, damit es den Yuan viel stärker aufwertet als bislang.

Viele amerikanische Politiker machen den angeblich grob unterbewerteten Yuan für das US-Handelsdefizit verantwortlich. Der Ökonom Paul Krugman hat eine Sondersteuer von 25% auf chinesische Produkte gefordert. Angesichts der kommenden Kongresswahlen am 2. November haben viele Politiker beider Parteien ihr **China-Bashing** verstärkt, und auch Obama hat die chinesische Währung zur obersten Priorität erklärt, als er vor zwei Wochen mit dem chinesischen Premierminister Wen Jeibao in New York zusammentraf.

Das Währungsthema ist das jüngste Argument in einer Serie neuer Gründe, die zur Blockierung von Importen angeführt werden. Im letzten Monat hat die Stahlarbeiter-Gewerkschaft die US-Administration in einer Petition gebeten, ein WTO-Verfahren gegen China anzustrengen, weil es Exportsubventionen für lokale Hersteller von Produkten der Solar- und Windenergie vergibt. Im letzten Jahr hat das Repräsentantenhaus ein Gesetz zum Klimaschutz verabschiedet, das einen Abschnitt enthält, der den Präsidenten anhält, sog. Grenzanpassungsmaßnahmen (eine finanzielle Gebühr oder Abgabe) auf ausgewählte Produkte aus Ländern zu erheben, die sich nicht an die US-Standards zur Emissionsminderung halten.

Scharfe Reaktionen aus China

China hat das Währungsgesetz scharf zurück gewiesen. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, man sei gegen das Gesetz und warnte davor, dass die Nutzung des Yuan-Wechselkurses zum Handelsprotektionismus den chinesisch-amerikanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der Weltwirtschaft nur schaden könne. Und ein Sprecher des Handelsministeriums sagte, dass „Antisubventionsmaßnahmen auf währungspolitischer Grundlage gegen die WTO-Regeln verstoßen". Ein Ökonom von der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Zhang Xiaojing, kommentierte: „*Es handelt sich um einen förmlichen Schritt zum Handelskrieg.*"

Während einige US-Ökonomen der chinesischen Währung die Schuld geben, weisen andere darauf hin, dass die ökonomischen Probleme der USA andere, wichtigere

Gründe haben und dass selbst eine starke Aufwertung des Yuan gegenüber dem Dollar die US-Probleme nicht lösen würde. Zum Beispiel war ein kürzliches **Papier des South Centre** über die globalen Wirtschaftsperspektiven skeptisch, dass eine Dollarabwertung gegenüber China die tieferen Ursachen der Überkonsumption in den USA beseitigen würde. (In eine ähnliche Richtung argumentiert der neue **Trade and Development Report** der UNCTAD; d. Red.)

Es ist unwahrscheinlich, dass es zu einem merklich stärkeren Wachstum der Exporte nach China kommt. Selbst wenn es zu einer Reduktion der chinesischen Exporte in die USA käme, würden diese durch Importe aus anderen Entwicklungsländern ersetzt werden, solange die US-Konsumenten über ihre Verhältnisse leben.

Das South-Centre-Papier hebt hervor, dass die USA in den letzten vier Jahrzehnten **immer** Leistungsbilanzdefizite hatten, ungeachtet der Stärke des Dollar gegenüber den Währungen ihrer Haupthandelspartner. In den 1970er Jahren gaben sie Deutschland die Schuld, in den 1980ern Japan und jetzt China.

Wann ist eine Währung „grundlegend unterbewertet"?

Das neue Gesetz weist das US-Handelsministerium an, „grundlegend unterbewertete" Währungen als eine Exportsubvention zu betrachten, so dass gegen Produkte aus dem betreffenden Land entsprechend gehandelt werden kann. Das widerspricht der bisherigen Praxis des Ministeriums, solche Untersuchungen im Falle Chinas zurückzuweisen, und zwar mit der Begründung, dass die Exporteure nicht die einzigen Profiteure solcher „Subventionen" seien (weil beispielsweise auch lokale Produzenten von einer überbewerteten Währung profitieren).

Das Gesetz beseitigt somit eine Barriere und wird – wenn es in Kraft tritt – die Chancen der Beschwerde führenden US-Konzerne erhöhen, Strafzölle gegen chinesische Produkte durchzusetzen. Diese Konzerne müssten dann nachweisen, dass sie durch Importe aus den beschuldigten Ländern ernsthaft geschädigt worden sind oder ihnen solcher Schaden droht.

Das Gesetz definiert eine Währung als „grundlegend unterbewertet", wenn die Regierung anhaltend und groß angelegt über 18 Monate hinweg in einen ausländischen Währungsmarkt interveniert hat, wenn der reale effektive Wechselkurs in diesem Zeitraum um mindestens 5% unterbewertet war, wenn das Land in diesem Zeitraum deutliche und anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse hatte und wenn die ausländischen Währungsreserven der Regierung den Betrag übersteigen, der notwendig ist, um die Schuldendienstverpflichtungen der nächsten 12 Monate zu bedienen, höher als 20% der Geldmenge des Landes sind und den Wert der Importe des Landes in den vorhergehenden vier Monaten übersteigen.

Wenn dieses Gesetz zur Anwendung kommt, wäre eine Schlüsselfrage, ob es mit den WTO-Gesetzen vereinbar wäre. Seine Befürworter behaupten das, doch China ist anderer Meinung. Was immer ein WTO-Panel in einem solchen Fall künftig entscheiden mag, dies wäre ein schwerer Schaden für die chinesisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Premierminister Wen verteidigte die Währungspolitik seines Landes kürzlich mit dem Hinweis, dass der Yuan zwischen Januar 1994 und Juli 2010 um massive 55,2% aufgewertet worden sei. Er fügte hinzu, dass der Yuan seit Juni, als China den Wechselkursmechanismus des Yuan reformiert hat, zusehends flexibilisiert worden sei, China aber immer noch mit großen Schwierigkeiten zu tun habe, so dass es keinen Grund für eine drastische Aufwertung gäbe.

Die obsessive Überzeugung von US-Politikern, dass die ökonomischen Probleme ihres Landes durch China und speziell durch seine Währung verursacht seien, und die ernsthaften Probleme, die eine Aufwertung des Yuans innerhalb Chinas verursachen würden, sind zwei Faktoren, die eine erfolgreiche Auflösung des Gegensatzes zwischen den USA und China so schwierig machen. Das erklärt die Gefahren eines neuen und wachsenden Protektionismus in den USA und die verärgerten Reaktionen in China. Hoffentlich wird das Gesetz des Repräsentantenhauses nicht in Kraft treten und zur Anwendung kommen. Doch dies ist durchaus möglich, und so sollten wir uns auf harte Zeiten vorbereiten.

Veröffentlicht: 4.10.2010, Quelle: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung* (W&E), Luxemburg, 4.10.2010 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org).

Martin Khor ist Direktor des South Centre in Genf, http://www.southcentre.org

S. auch: Why The IMF And The International Monetary System Need More Than Cosmetic Reform
http://www.southcentre.org/index.php?option=com_content&view=article&id=1409%3Awhy-the-imf-and-the-international-monetary-system-need-more-than-cosmetic-reform-&catid=65%3Ainternational-financial-institutions-governance&Itemid=67&lang=en

G20: Attac Österreich fordert als Weltreservewährung den „Globo"

Vor dem kommenden G20 Gipfel in Seoul fordert das globalisierungskritische Netzwerk Attac eine Weltreservewährung „Globo".

Dieser „Globo" wäre keine „Weltwährung" sondern eine Verrechnungseinheit für den Welthandel. Er würde Planungssicherheit für wichtige Rohstoffpreise bieten und Währungsspekulation weitgehend den Boden entziehen. Währungstäusche müssten dann weltweit an realwirtschaftliche Geschäfte (Handel, Direktinvestitionen) gekoppelt werden.
„An die Stelle der Weltleitwährung Dollar sollte eine künstliche Verrechnungseinheit treten, die sich aus einem „Korb" aller wichtigen Weltwährungen zusammensetzt. Die Wechselkurse aller Landeswährungen zu dieser Reservewährung würden gemeinsam von den TeilnehmerInnen der „Weltwährungsunion" festgelegt und periodisch nach realer Kaufkraftparität angepasst", erklärt Christian Felber von Attac Österreich. Dieses System garantiert auch Flexibilität, weil keine gemeinsamen Zinssätze gelten müssten und Länder mit unterschiedlicher Produktivität oder Inflation diese durch Anpassung der Wechselkurse ausgleichen könnten.

Das gegenwärtige Weltwährungssystem mit dem US-Dollar als Weltleitwährung (für Rohstoffe und Schulden) ist ungerecht und sorgt für chronische Instabilität. Nur den USA ist es möglich in der eigenen Währung Erdöl und andere strategische Rohstoffe kaufen, sich auf den globalen Kapitalmärkten zu verschulden und sich auf Kosten der Gläubiger zu entschulden.

Auch gröbere Abweichungen von ausgeglichenen Handelsbilanzen müssen in diesem neuen System sanktioniert werden.

Hintergrund: Keynes Bancor („Globo") Plan: „Proposals for an International Clearing Union"
http://www.attac.at/uploads/media/Keynes_Bancor-Plan.pdf

http://www.attac.at/9187.html

Robert Fisk

Amerika in Schande

Zu den WikiLeaks-Veröffentlichungen über den Irakkrieg

25.10.2010 — The Independent

Die Araber wussten, wie üblich, Bescheid. Sie wussten alles über die massenhafte Folter, über das willkürliche Töten von Zivilisten, über den empörenden Missbrauch der Luftschlagkraft gegen Wohnhäuser, in denen Familien lebten. Sie wussten alles über die bösartigen britischen und amerikanischen Söldner, über die Friedhöfe, auf denen Unschuldigen begraben lagen. Alle im Irak wussten Bescheid. Warum? Weil sie die Opfer waren.

Nur wir konnten so tun, als wüssten wir nicht Bescheid. Nur wir, im Westen, konnten allen Behauptungen, allen Anschuldigungen, gegen die Amerikaner und Briten, mit Hilfe von respektablen Generälen entgegentreten. Mir kommen Mark Kimmit, ein widerlicher US-Militärsprecher und der schreckliche Peter Pace (ehemaliger Vorsitzender des US-Generalstabs (JCS)) in den Sinn. Sie haben uns mit einem Ring von Lügen abgeschirmt. Wenn von einem Folteropfer die Rede war, hieß es, das sei nichts als Terroristen-Propaganda. Wenn ein Haus voller toter Kinder entdeckt wurde, die bei einem Luftangriff der Amerikaner ums Leben kamen, galt auch das als "Terroristen-Propaganda" - oder als "Kollateralschaden" - oder sie sagten einfach: "Darüber wissen wir nichts".

Natürlich wussten wir, dass sie - immer - etwas wussten. Die Militär-Protokolle - dieses Meer an Dokumenten, die gestern veröffentlicht wurden -, beweisen es wieder einmal. Al-Dschasierah hat sich vehement dafür eingesetzt, jene irakischen Familien ausfindig zu machen, die (männliche oder weibliche) Angehörige an US-Checkpoints verloren haben. Ich selbst habe über einen solchen Vorfall berichtet, der sich 2004 ereignete. Ich schrieb: "Zwei tote Journalisten, ein von Kugeln durchsiebtes Auto". Selbst den Namen des US-Hauptmanns vor Ort habe ich in Erfahrung bringen können. Und es war die britische Wochenendausgabe des Independent - 'The Independent on Sunday' - die die Welt zum ersten Mal darauf aufmerksam machte, dass Horden von disziplinlosen Bewaffneten nach Bagdad eingeflogen wurden, um Diplomaten und Generäle zu schützen. Diese Söldner zogen eine Schneise des Mordens durch die Großstädte des Irak. Als ich ihnen 2003 sagte, ich würde über sie berichten, beschimpften sie mich. (…)

In den WikiLeaks 'Irakkriegs-Protokollen' liegt der Beweis für Amerikas Schande vor - verfasst in sprödem Militär-Chinesisch. Dieses Material ist gerichtsverwertbar und kann von Juristen entsprechend genutzt werden. Wenn die Amerikaner von höchstens 66 081 getöteten irakischen Zivilisten sprechen, wenn das also die höchste Zahl ist, die sie nennen (ich musste immer über die Zahl "81" grinsen), sollten wir uns vor Augen halten, dass die tatsächliche Zahl vermutlich um ein Vielfaches höher ist, da in den "Protokollen" nur jene toten Zivilisten aufgelistet sind, von denen die Amerikaner erfuhren. Einige dieser Toten wurden in die Leichenhalle von Bagdad eingeliefert, während ich dort war. Der Leiter der Leichenhalle sagte mir, das irakische Gesundheitsministerium habe den Ärzten verboten, Leichenschauen durchzuführen, wenn amerikanische Soldaten tote Zivilisten einlieferten. Warum? Vielleicht, weil einige der Eingelieferten zu Tode gefoltert worden waren - von Irakern, die für die Amerikaner arbeiteten? Könnte sich das eventuell mit jenen 1300 - voneinander unabhängigen - Berichten über Folter in irakischen Polizeistationen decken?

Auch im letzten Irakkrieg haben die Amerikaner keine gute Figur gemacht. In Kuwait konnten die US-Soldaten die Schreie der Palästinenser hören, die in kuwaitischen Polizeistationen gefoltert wurden. Das war 1991, nachdem Kuwait-City von Saddam Husseins Legionen befreit worden war. Auch ein Mitglied der kuwaitischen Königsfamilie war in die Folter verwickelt. Doch die US-Truppen mischten sich nicht ein. Sie beließen es bei Beschwerden an die Adresse des kuwaitischen Königshauses. Schließlich bekommen Soldaten gesagt, mischt euch gefälligst nicht ein. Denken wir an den September 1982 in Beirut. Was bekam Leutnant Avi Grabovsky von der Israelischen Armee zu hören, als er seinem vorgesetzten Offizier meldete, die (mit Israel verbündeten) Falangisten hätten gerade einige Frauen und Kinder ermordet? "Wir wissen es - wir mögen es nicht, aber mischen Sie sich da nicht ein". Das sagte sein Bataillonskommandeur zu Grabovsky. Dieser kleine Vorfall ereignete sich, während in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila die Massaker abliefen.

Ich habe soeben aus dem so genannten 'Kahane-Bericht', von 1983, zitiert. Diese israelische Aufklärungskommission wurde eingerichtet, um die Vorgänge in Sabra und Schatila (während der israelischen Besatzung des Libanon) zu untersuchen. Gott allein weiß, was wir heute wüssten, hätte es damals schon WikiLeaks gegeben, und hätte WikiLeaks damals jene Stapel von Militärakten aus dem israelischen Verteidigungsministerium (oder die syrische Version) in die Hände bekommen! Aber damals wussten wir natürlich noch nicht, was man mit Computern alles anfangen kann - geschweige denn von der Möglichkeit, sie als Schreibgeräte zu nutzen. Das ist eine der wichtigen Lehren, die wir aus dem Phänomen 'WikiLeaks' ziehen können.

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg und während des Vietnamkrieges wurden Militärberichte noch auf Papier geschrieben. Kann sein, dass man sie dreimal abgetippt hat, aber die Kopien konnten nummeriert werden. So konnten Spione entdeckt und undichte Stellen ausgeschlossen werden. Auch die 'Pentagon Papers' wurden ursprünglich auf Papier geschrieben. Um sie zu veröffentlichen, bedurfte es eines Maulwurfes (Daniel Ellsberg). Aber Papiere können jederzeit vernichtet, ausgemistet, verändert oder samt aller Kopien verbrannt werden. (…)

Ich nehme an, dass diese Lawine an Material über den Irakkrieg ernste Folgen für die Journalisten und für die Armeen haben wird. Hat der investigative Journalismus des alten Stils, wie ihn 'The Sunday Times' einst praktizierte - oder ein Journalismus à la Seymour Hersh - noch eine Zukunft und wie sieht sie aus? Macht es noch Sinn, Journalisten ausschwärmen zu lassen, um Kriegsverbrechen zu untersuchen und sich mit Informanten des Militärs ("deep throats") zu treffen - wenn (fast) eine halbe Million geheime Militärdokumente auf dem Bildschirm vor uns vorbeiflimmern?

Was die (neue) Story von WikiLeaks angeht, so sind wir noch nicht bis zu ihrem eigentlichen Kern vorgedrungen. Ich denke außerdem, dass an der neuerlichen Veröffentlichung mehr als ein paar US-Soldaten beteiligt gewesen sind. Vielleicht reicht die Verstrickung bis in höchste Kreise - wer weiß? Bei Recherchen stießen Journalisten von al-Dschasierah auf einen Ausschnitt aus einer Pentagon-Pressekonferenz (im November 2005), die aus dem Ruder gelaufen war. Damals war Peter Pace - ein farbloser

Typ - noch Vorsitzende des 'Joint Chiefs of Staff (JCS)). Er "briefte" die versammelten Journalisten zum Thema, wie Soldaten reagieren sollten, wenn sie mitbekommen, dass Gefangene brutal misshandelt werden. Stolz wies er darauf hin, dass es die Pflicht eines US-Soldaten sei, einzuschreiten, wenn er Hinweise auf Folter ehalte. In diesem Moment schwenkt die Kamera auf eine wesentlich düsterere Gestalt - auf Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Er unterbricht Pace und sagt - nahezu im Flüsterton und zu Paces Bestürzung: "Ich glaube nicht, dass Sie damit sagen wollen, es sei deren Pflicht, es physisch zu stoppen. Es geht darum, (den Vorfall) zu melden".

Die Bedeutung jener - in gewissem Sinne kryptischen bzw, sadistischen - Bemerkung wurde natürlich in keinem Journal besprochen. Aber das geheime Memo 'Frago 242' (das in den neuen WikiLeaks-Dokumenten auftaucht) lässt diese Pressekonferenz natürlich in sehr viel sinnvollerem Licht erscheinen. Wahrscheinlich wurde das Memo von US-General Richard Sanchez versendet. Es enthält eine Instruktion an die Soldaten: "Wenn der erste Bericht bestätigt, dass keine US-Streitkräfte in die Misshandlung eines Gefangenen verwickelt waren, werden keine weiteren Ermittlungen durchgeführt, es sei denn, diese werden vom HHQ (Higher Headquarter) angeordnet". Abu Ghraib ereignete sich, während Sanchez die (militärische) Kontrolle im Irak hatte. Übrigens fragte ich General Sanchez einmal auf einer Pressekonferenz, warum seine Soldaten Saddams Söhne bei der Schießerei in Mosul getötet hätten, anstatt sie lebendig gefangen zu nehmen. Er konnte mir keine Erklärung geben.

Mit Sicherheit trug diese Botschaft (Frago 242) von General Sanchez den Stempel (des damaligen US-Verteidigungsministers) Rumsfeld. Sieht ganz so aus. Und wahrscheinlich ist General David Petraeus - der vom US-Pressekorps so Umschwärmte -, für die dramatische Zunahme an US-Luftangriffen in seinen beiden Jahren (2007 bis 2009) im Irak verantwortlich. Im Jahr 2006 gab es im Irak 229 Luftangriffe, 2007 schon 1447. Es ist interessant, dass die amerikanischen Luftschläge in Afghanistan um 172% zugenommen haben, seit Petraeus dort das Oberkommando hat (seit wenigen Monaten). Umso unverständlicher, dass das Pentagon herum jammert, WikiLeaks habe seine Hände mit Blut besudelt. Das Pentagon hat seine Hände mit Blut besudelt - seit es 1945 die Atombombe auf Hiroshima warf. Das Pentagon war jene Institution, die 2003 die illegale Irak-Invasion anordnete. Angesichts dieser Tatsachen frage ich das Pentagon: Waren es vielleicht doch mehr als 66 000 zivile Tote, die ihr gezählt habt (von insgesamt 109 000 toten Irakern, die ihr aufgelistet habt)? Ich meine, angesichts dessen ist es doch lächerlich, WikiLeaks des Totschlags zu bezichtigen.

So sieht die Wahrheit aus: Hätte die Veröffentlichung eines so reichhaltigen Schatzes an Geheimberichten durch WikiLeaks bestätigt, dass (im Irak) viel weniger Menschen getötet wurden, als die Presse immer lauthals behauptet hatte und hätte WikiLeaks herausgefunden, dass US-Soldaten nie abseits standen, wenn die irakische Polizei folterte, und hätten US-Soldaten an Checkpoints nur ganz, ganz selten auf Zivilisten geschossen und killende Söldner stets gemeldet, so würden jetzt US-Generäle auf den Stufen des Pentagons stehen und die WikiLeaks-Veröffentlichungen - die ganzen Akten - kostenlos an Journalisten verteilen. Nein, sie sind nicht stinksauer über den Geheimnisverrat oder das vergossene Blut, sondern darüber, dass sie beim Lügen ertappt wurden. Wir haben diese Lügen aber immer durchschaut.

** Hier einige der wichtigsten Stichpunkte aus der WikiLeaks-Veröffentlichung zum Irakkrieg:*

Offizielle US-Dokumente offenbaren außergewöhnliches Ausmaß an Verfehlungen

Gestern veröffentlichte WikiLeaks auf seiner Webseite circa 391 832 Memos (messages) des US-Militärs. Sie dokumentieren Aktionen oder Berichte, die sich auf den Irak, im Zeitraum zwischen 2004 und 2009, beziehen. Hier die wichtigsten Punkte daraus:

Gefangene wurden misshandelt, vergewaltigt und ermordet:
Hunderte Vorfälle von Gefangenen-Misshandlung und -Folter - bis hin zu Vergewaltigung und Mord, - durch irakische Sicherheitsdienste wurden festgehalten. Da diese Vorfälle nun in US-Berichten stehen, könnten US-Behörden beschuldigt werden, keine Ermittlungen durchgeführt zu haben. Führende Personen der UNO und Aktive, die sich in Kampagnen engagieren, fordern nun eine offizielle Untersuchung.

Zahl der zivilen Opfer vertuscht:
Die Führer der (Irakkriegs-)Koalition haben stets betont: "Wir führen keine Statistiken über die Zahl der Toten". Doch die Dokumente offenbaren, dass viele Todesfälle protokolliert wurden. Renommierte britische Organisationen, wie 'Iraq Body Count', sprechen - nach einer ersten Durchsicht der Dokumente -, von schätzungsweise 15 000 zusätzlichen zivilen Toten. Die Zahl könnte sich auf insgesamt 122 000 getötete Zivilisten erhöhen.

Männer, die sich ergeben wollten, erschossen:
Im Februar 2007 wurden zwei Iraker, die verdächtig waren, Mörsergeschosse abgefeuert zu haben, von einem Apache-Helikopter aus getötet, als sie sich ergeben wollten. Ein Militärjurist wird mit den Worten zitiert: "Man kann sich einem Flugzeug nicht ergeben und somit stell(t)en sie weiterhin berechtigte Ziele dar".

Misshandlungen durch Privatfirmen:
Das britische 'Bureau of Investigative Journalism' gibt bekannt, es habe unter den Dokumenten einige entdeckt, in denen von neuen (bislang nicht bekannten) zivilen Opfern die Rede sei, die ungerechtfertigter Weise getötet worden seien. In den Tod dieser Zivilisten sei Blackwater verstrickt, jene Firma, die sich heute' XE Services' nennt. Dennoch unterhält Amerika weiterhin Aufträge mit XE - in Afghanistan.(…)

Hunderte von Zivilisten an Checkpoints getötet:
Zwischen 2004 und 2009 wurden 832 Vorfälle mit Todesopfern an irakischen Checkpoints protokolliert. Laut einer Analyse des britischen 'Bureau of Investigative Journalism' handelte es sich bei 681 der Getöteten um Zivilisten. 50 Familien wurden beschossen, 30 Kinder getötet. Lediglich 120 Aufständische sollen bei Vorfällen an Checkpoints getötet worden sein.(…)

http://www.zmag.de/autoren/Robert-Fisk
Robert Fisk ist ein international anerkannter Journalist des "Independent" in London. Seine Berichte über den Nahen Osten liefern den dringend notwendigen Kontrast zur offiziellen Doktrin und inspirieren Aktivisten auf der ganzen Welt. Er ist regelmäßiger Autor des ZNet, außerdem schreibt er noch für "The Nation" und weitere Publikationen

Hinweise:
Viele Dokumente über den Irak: *http://ag-friedensforschung.de/regionen/Irak/Welcome-all.html*
Blog von Joachim Guilliard: *http://jghd.twoday.net/ (s. auch SiG 85, http://sandimgetriebe.attac.at/9136.html)*

Zur neuen Strategie der NATO: *http://ag-friedensforschung.de/themen/NATO/strat/Welcome.html*

Attac Frankreich

Unsere Aufgaben

Erklärung vom 23. 10. 2010

Mit der sozialen Bewegung gegen die Rentenreform erlebt unser Land eine soziale Krise und eine Krise der Demokratie, wie es sie in dieser Stärke noch selten gab. Eine Regierung im Dienst der Finanzmärkte versucht mit allen Mitteln und voller Verachtung der Demokratie, einen großen sozialen Rückschritt durchzusetzen. Die **Illegitimität der Reform** stellt jetzt offen die Frage nach der Legitimität einer Macht, die zur Gewalt greift, um ihren Willen durchzudrücken, während sie – insbesondere in Person ihres Arbeitsministers E. Woerth – wegen zahlreicher Skandalen am Pranger steht.

Die Mobilisierung für die Durchsetzung von sozialen Forderungen und von Bürgerrechten stellt sich auf Dauer ein, sie wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, insbesondere unter den Jungen, die in ihrer sozialen und beruflichen Zukunft einem unakzeptablen Grad von Prekarität entgegensehen. Die Blockade von Schlüsselsektoren der Wirtschaft ist jetzt möglich. Attac unterstützt diese Bewegung auf allen Ebenen aktiv: zunächst durch die Präsenz bei den Streiks, bei den Aktionstagen, den unterschiedlichen lokalen Aktionen, aber auch durch Beiträge zur Entwicklung einer finanziellen Solidarität der BürgerInnen mit den streikenden Beschäftigten. In diesem Sinne möchten wir die Dynamik des Bündnisses „Faire entendre les exigences *citoyennes sur les retraites*“ (http://www.exigences-citoyennes-retraites.net/) neu beleben.

Die Reform wird von den internationalen Finanzmärkten, der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds gefordert. Seit der Krise haben die internationalen Institutionen, angefangen mit den G20, absolut nichts Erkennbares unternommen, um den schädlichen Einfluss der Finanzmärkte zu vermindern. Im Gegenteil, sie haben ganz Europa Austeritätspläne auferlegt. Sie haben außerdem, wie vor kurzem auf dem Gipfel zur Biodiversität in Nagoya, die Finanzialisierung der Umwelt beschleunigt: Durch Berechnung der „von der Natur erbrachten Leistungen“ soll diese besser vermarktet werden.

Die Agenda der kommenden Monate bietet die Gelegenheit, die Stimme der sozialen Bewegungen und der Bewegung für eine andere Welt laut werden zu lassen, um auf die internationalen Institutionen einzuwirken – vom Gipfel in Cancún über das Weltsozialforum in Dakar bis zu den G8/G20 in Nizza.

Unsere erste Gelegenheit ist das **Kolloquium** „**Gegen die ökologische und soziale Krise:** welche Konversionsmaßnahmen und welche Neubelebung der lokalen Produktion sind notwendig?“. Es wird am **22. November** von Attac organisiert, mit aktiver Beteiligung von zahlreichen Gewerkschaften und Verbänden; die Mitglieder sind zur Teilnahme eingeladen.

Dann wird Attac auf dem **Klima-Gipfel von Cancún**, der vom **30. November bis zum 11. Dezember 2010** stattfinden wird, präsent sein. Um den Ortsgruppen Gelegenheit zu geben, sich zu diesem Termin einzubringen, ihre Aktionen der Volksbildung aufzubauen und sich darüber auszutauschen, wird in den nächsten Tagen ein Blog eröffnet. Attac wird darauf achten, dass sich die Diskussionen nicht nur auf das Klima, sondern auch auf Biodiversität, Wasser, Landwirtschaft usw. erstrecken.

Das Weltsozialforum von Dakar, das vom **5. bis 11. Februar 2011** stattfinden wird, muss ein Höhepunkt der Mobilisierung der sozialen Bewegungen sowohl in Afrika als auch in aller Welt sein, darunter auch in Frankreich („Dakar étendu“ – „erweitertes Dakar“). Es ist eine Gelegenheit, unsere Zusammenarbeit mit den Attac-Organisationen in Afrika zu vertiefen. Eine große Delegation unserer Vereinigung wird dort erwartet. In Frankreich können die Ortsgruppen Initiativen in verschiedene Formen (von einer Attac-Diskussionsveranstaltung bis zu örtlichen Sozialforen) und auf verschiedene Weise ergreifen (örtliche Initiativen mit Bezug auf das Weltsozialforum, Teilnahme an einem Workshop aus der Ferne usw.).
Die Initiativen rund um ein „erweitertes Dakar“ können als Startpunkt für die Mobilisierung gegen G8 und G20 dienen.
Zur Hilfe bei der Bildung der Delegation von Attac Frankreich nach Dakar und zu deren Verstärkung hat der Verwaltungsrat beschlossen, eine Sammlung von Spenden bei den örtlichen Komitees zu starten, die zum Teil auch dazu dienen soll, unseren KollegInnen von Attac Afrika finanziell zu helfen. Für die Vorbereitung dieser Initiativen rund um das Weltsozialforum in Dakar wird eine besondere Mailingliste gebildet (fsmdakar@attac.org).

Den Vorsitz von **G8 und G20** im nächsten Jahr möchte Nicolas Sarkozy ausnutzen, um sich als Retter des Planeten in Szene setzen und seine komplette Unbeliebtheit in der Bevölkerung vergessen machen. Als „Präsident ohne Volk“ wird er den Gesprächen der Mächtigen, die gegen ihre Völker regieren, vorsitzen. Der **G8-Gipfel vom Juni 2011 in Nizza** ist ein **Weltdirektorium ohne jede Legitimation**. Das Engagement von Attac muss stark sein, um die Maske zu zerreißen, sowohl auf nationaler Ebene wie auch seitens der örtlichen Komitees. Der G20-Gipfel Ende des Jahres wird ein weiterer Höhepunkt der Mobilisierung sein, gefolgt vom Gipfel in Johannesburg. Attac hat zusammen mit dem CRID [Centre de Recherche et d'Information pour le Dévelopement – Forschungs- und Informationszentrum für die Entwicklung] bereits die Bildung eines großen Organisationskomitees zu den G8- und G20- Gipfeln angestoßen, das Initiativen ergreifen und die Mobilisierungen koordinieren wird.

Als Höhepunkt der internen demokratischen Debatte wird Attac **am 20. und 21. November 2010 in Nanterre eine Generalversammlung** abhalten. Das wird die Gelegenheit sein, gründlich über die soziale und politische Situation in Frankreich in direkter Verbindung mit dem aktuellen Konflikt nachzudenken. Weitere Schwerpunkte werden sein: das Europa, das wir bauen wollen und die Vorbereitung der altermondialistischen Kampagnen 2011.
Die Verbesserung der demokratischen Qualität der Diskussionen und der Entscheidungsfindung in der Generalversammlung und bei den Jahrestreffen wird auch Gegenstand dieser Versammlung sein. Der Schlusstermin zur Abstimmung per Briefwahl ist der 6. November 2010.
Die **CNCL** [Conférence Nationale des Comités Locaux – Nationale Konferenz der Ortsgruppen] vom 16. und 17. Oktober, die unter den außergewöhnlichen Bedingungen der Streiks und der Demonstrationen stattgefunden hat, ist sehr positiv verlaufen. Sie hat deutlich gemacht, dass die Ortsgruppen bereit sind, sich in der Mobilisierung zu G8, G20 und Weltsozialforum in Dakar zu engagieren. Die Idee der „Achsen“ innerhalb der Konferenz wurde umgesetzt, was eine bessere Kontinuität ihrer Arbeit ermöglicht. Der Austausch zwischen der CNCL und dem Verwaltungsrat schreitet voran, und dieser Prozess muss fortgeführt werden.

Die anhaltenden Mobilisierungen der BürgerInnen und die für 2011 anstehenden internationalen Termine erlegen uns eine große Verantwortung auf, wir werden ihr gewachsen sein.
Paris, den 23. Oktober 2010

"Déclaration du CA du 23 octobre 2010", http://www.france.attac.org/spip.php?article11806

Frankreich: „Unsere Renten verteidigen – dafür müssen die Reichtümer umverteilt werden

In Frankreich demonstrierten und streikten Millionen von Menschen gegen die Rentenreform der Regierung. Unter der Mitterrand Regierung war 1981 das Rentenalter auf 60 Jahre herabgesetzt worden und 37,5 Beitragsjahre reichten dann für die volle Rente. In mehreren Etappen wurden diese Errungenschaften zurückgenommen:

- *Erhöhung der Beitragsjahre auf 40 (1993);*
- *Die Angleichung von Berufsgruppen und Beamten an diese Regelung scheiterte 1995 wegen der3 wöchigen Streiks, wurde aber 2003 und 2007 Schritt für Schritt durchgesetzt.*
- *Die jetzige Reform sieht vor, dass das Mindestrentenalter von 60 auf 62 erhöht wird (mit den entsprechenden Abstrichen, wenn die Beitragsjahre von bald 41 Jahren nicht vorzuweisen sind) und dass die volle Rente frühestens ab 67 Jahren erhalten werden kann. Hinzu kommen Maßnahmen zum Wechsel von einem Umlageverfahren zu einem Kapitaldeckungsverfahren.*

Diese Rentenreform ist keine französische Besonderheit und keine besondere Verrücktheit von Sarkozy: ***In der Abschlusserklärung des Europarats in Barcelona vom 16.März 2002 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, „bis 2010 das Rentenalter um durchschnittlich 5 Jahre zu erhöhen".***

Wieso mehrere Aktionstage und Streiktage mit einer breiten Beteiligung stattfinden konnten (auch in den kleinsten Städten gingen Leute auf die Straße), wird in den nächsten Wochen zu analysieren sein. Fünf Elemente haben auf jeden Fall eine Rolle gespielt: Zum einen der Kontext einer Krise, die auf die „Kleinen" abgewälzt wird; Weiter hat schon seit langem eine umfangreiche und kenntnisreiche Auseinandersetzung mit der Reform stattgefunden, es gab eine Vielfalt von Veranstaltungen und kleineren Protestkundgebungen. Drittens sind manche Intellektuelle in die Arena gestiegen (z.B."économistes atterrés" – „die entsetzten Wirtschaftswissenschaftler" - http://atterres.org/). Viertens gab es viele „actions unitaires" und „collectifs" (also breite Bündnisse) – und insbesondere haben es 8 Gewerkschaften geschafft, gemeinsam die Protestaktionen vorzubereiten. Und nicht unwichtig ist die Empörung über das undemokratische Verfahren bei der Reform. Attac Frankreich hat sich in diese Kampagne stark eingebracht

Am 6.11. demonstrierten 1,2 Millionen Menschen in 243 Städten Frankreichs gegen die schon verabschiedete Rentenreform. ***Weitere Aktionstage sind für den 23. November und den 15. Dezember (Europäischer Aktionstag) geplant****.*

Weitere Infos:

1**. Internetseite von attac Frankreich**
http://www.france.attac.org/,
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique24

2**. Informative Internetseiten**:
http://www.retraites-2010.fr/
http://www.retraites-enjeux-debats.org/
http://www.cgt.fr

3. **Übersetzte Artikel** - in „Sand im Getriebe“ veröffentlicht:
Attac Frankreich, Association Copernic: Den Rentenforderungen der Bürger Gehör verschaffen!
http://sandimgetriebe.attac.at/8866.html
Altersrenten müssen über Dividenden finanziert werden, Interview mit Michel Husson
http://sandimgetriebe.attac.at/8867.html

4**. Aktuelle Informationen und Analysen auf Deutsch:**
http://www.labournet.de/internationales/fr/rente.html

Zur Information und zum Schmunzeln: 40 Plakate/Transparente gegen die Rentenreform
http://www.agoravox.fr/actualites/politique/article/manifestations-nos-40-photos-de-83975

„In der Kasse ist kein Geld!“ (Arbeitgeberverband MEDEF)
Laurence Parisot – die Vorsitzende des Arbeitgeberverbands MEDEF – prahlte am 25. Oktober auf france 2 damit, dass sie die „Patin“ der Rentenreform wäre….(Quelle: Politis vom 28.10.2010)

Bei einem Besuch in einem Betrieb Anfang 2008 hat Sarkozy einem Arbeiter, der ihm die Hand nicht reichen wollte „Casse-toi, pauvre con“ ((Hau ab, du Arschloch!) geworfen – was zu einer großen Empörung führte und immer wieder bei Protesten aufgegriffen wird.

Jean-Marie Harribey

Die Rentenfrage: das ganze Knäuel aufwickeln

Eröffnungsrede auf der Sommeruniversität von Attac Frankreich in Arles , 24. 8. 2010

Wenn man den Kapitalismus an einem Zipfel fasst und einen Faden herauszieht, lässt sich dadurch das ganze Knäuel aufwickeln und umgekehrt kommen sämtliche Bereiche der noch unabgegoltenen Emanzipation zum Vorschein.

Angesichts der sich verschlimmernden globalen Krise und des weltweiten Versuchs der herrschenden Klassen, den Preis dafür den Bevölkerungen im Allgemeinen und der arbeitenden Bevölkerung im Besonderen mit aller Härte aufzubürden, bestätigt der Angriff auf die Systeme der sozialen Sicherung und insbesondere auf das Rentensystem diese Ausgangsthese.

In der Tat ist der **erste** Faden, den wir im Kampf gegen die vorgeblichen Rentenreformen herausziehen, derjenige der Aufteilung des durch Arbeit erzeugten Reichtums auf Arbeit und Kapital. Wir haben schon viel früher gezeigt, dass die Verschiebung der Anteile des Mehrwerts zu Gunsten der Aktionäre, die sich genau proportional zu Ungunsten der Arbeitnehmer verhält, den Kern der Erklärung für die Tiefe der kapitalistischen Krise bildet. Dieser Zustand ist umzukehren, wenn eine wirkliche und gerechte Lösung für die Rentenfinanzierung angestrebt wird. W**as dem Einen gegeben wurde, ist dem Anderen genommen worden: E**gal welchen Bezugspunkt man wählt, es gibt eine Verschiebung um 5% von 1973 bis heute beziehungsweise um 9% von 1982 bis heute. Dieser erste Faden führt uns also auf den ersten Pfad der Emanzipation, die Befreiung der Arbeit vom Kapital, sowohl hinsichtlich der Machtverhältnisse als auch hinsichtlich der Verteilung von Reichtümern. Denn die immer stärkeren Ungleichheiten werden unerträglich.

Dem ersten folgt unmittelbar ein **zweiter** Faden: der Stellenwert der Arbeit innerhalb der Gesellschaft beziehungsweise im Leben des Einzelnen. Muss denn jeder Produktivitätsgewinn unbedingt zur Erhöhung der Produktion verwendet werden, bei gleichzeitigem Ausschluss von sehr vielen Menschen durch Arbeitslosigkeit und ungesicherte Arbeitsverhältnisse, oder sollte dieser Produktivitätsgewinn nicht mehr schrittweise zur Verkürzung der **Arbeitszeit** eingesetzt werden? Seit über zwei Jahrhunderten durchzieht diese Alternative die gesamte Geschichte des Kapitalismus sowie die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung. Dem Lamento der Schmiedemeister des 19. Jahrhunderts folgt heute das des Medef (1): die Arbeitszeitverkürzung sei eine Katastrophe für die Wirtschaft. Das sagen sie mit prall gefülltem Geldsack und voller Arroganz: die Arbeitszeitverkürzung ist für sie eine Katastrophe bei ihrer Bestrebung, Unterordnung und Ausbeutung zu erzwingen. Als Herr Sarkozy am vergangenen 13. Juli die beiden Beschlüsse der Linken angeprangert hat, die Festsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und die 35-Stunden-Woche (2), agierte er bloß als Papagei der ja schon so lange herrschenden Bourgeoisie. Der zweite Pfad der Emanzipation besteht also darin, Ziel und Zweck von Arbeit und die Stellung, die sie einnehmen soll, neu zu bestimmen.

Dem „*mehr Arbeiten*“ muss die Forderung nach „*weniger Arbeiten*“ entgegengehalten werden. Weniger arbeiten, um die Arbeit neu zu verteilen und so Arbeitslosigkeit und ungesicherte Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen.
Weniger arbeiten, um nicht sein Leben darin zu erschöpfen, anzuschaffen und uzm dadurch Zeit für sich und die anderen zu haben.
Weniger arbeiten, damit jeder, Mann oder Frau, sich für die angemessene Aufteilung von Haus- und Erziehungsarbeit einsetzen kann, eine der Voraussetzungen, um die Gleichheit von Mann und Frau zu verwirklichen.
Die für Arbeit aufgewendete Zeit verringern und dabei den erzeugten Reichtum angemessener verteilen ist notwendig, um neue soziale Verhältnisse mit mehr Gleichberechtigung und weniger Unterdrückung zu schaffen.
Indem man Vorstellungen von einem anderen Verhältnis zur Arbeit und zur Lebenszeit entwickelt, wirkt man auch am Aufbau einer Gesellschaft mit, in der solidarische und ökologische Lebensweisen Vorrang vor dem Wettrennen um Akkumulation erhalten.

Wie sieht es am Ende des Fadens vom Sinn der Arbeit aus? Die Ziele der Produktion werden neu definiert, das heißt, das Entwicklungsmodell, das man fördern möchte. Seit dem Kampf um die Renten im Jahr 2003 haben wir uns dafür entschieden, nicht auf ein schwindelerregendes Wirtschaftswachstum zu setzen, sondern auf das Umverteilen der Produktivitätsgewinne, dies umso mehr, je geringer diese ausfallen werden. Wir haben uns auch für die Befriedigung der heute vernachlässigten Bedürfnisse eingesetzt. Mit dem Umverteilen der Produktivitätsgewinne kann eine Übergangsphase ins Auge gefasst werden, die drei dringliche Erfordernisse berücksichtigt:

- die zahlreichen, heute vernachlässigten Bedürfnisse befriedigen,
- die Einkommen gerecht verteilen und
- die Arbeitszeit verringern.

Der dritte Faden ist also das dringende Erfordernis, die Grundlagen für eine Entwicklung weg vom Produktivismus zu schaffen. Nur so kann eine soziale Sicherung – mit den Renten als ein wichtiger Pfeiler - auf hohem Niveau verteidigt und gefördert werden, für deren Gerüst die Renten eine wesentliche Stütze sind.

Eine soziale Sicherung auf hohem Niveau ist untrennbar mit der Forderung nach **Gleichheit** verbunden. An der Rentenfrage wird besonders deutlich, dass eine Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, stark diskriminiert ist. Schon die derzeitige Arbeits- und Rentensituation diskriminiert die Frauen, und mit dem Vorhaben des Herren Buchhalter der Familie Bettencourt (3) werden sie es noch mehr sein. Der Faden der Gleichstellung der Frau wird vielleicht der Prüfstein für die menschliche Emanzipation sein. Lasst uns diesen **vierten** Faden nicht aus den Händen gleiten.

Von der Hälfte der Menschheit gehen wir zu drei Vierteln über. Warum lehnen wir es ab, dass das Umlagesystem der jetzigen Rentenversicherung zugunsten von Betriebsrentenfonds zerschlagen

wird? Etwa, weil unsere Renten durch das Kapitaldeckungsverfahren gefährdet sind ?
Sicherlich, aber grundsätzlich lehnen wir die Kapitalisierung deswegen ab, weil sie bedeuten würde, dass dank des freien Kapitalverkehrs unsere Ersparnisse dazu dienen, am anderen Ende der Welt Menschen arbeiten zu lassen, die noch ausgebeuteter als wir und ohne jeden Schutz sind. Der neue und **fünfte** Faden der Emanzipation betrifft hier den größten Teil des **Südens** des Planeten, der die Möglichkeit haben muss, seine Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Unsere Verteidigung des Umlagesystems der Rentenversicherung ist ein Beitrag zu dieser Emanzipation, weil wir es ablehnen, Renten zu erhalten, die auf dem Rücken von Bengalen, Chinesen oder Afrikanern erwirtschaftet worden sind. Gleichzeitig setzen wir zusammen mit allen Befürwortern einer Anderen Welt unseren Kampf gegen die räuberischen Finanzmärkte fort.

Wer ist der Hauptverbündete dieser zerstörerischen Finanzmärkte? Die Staaten, deren Schaltstellen von den höchsten und reichsten Gruppen der Gesellschaft auf empörende Weise in Beschlag genommen worden sind und die seit dreißig Jahren ein todbringendes Gesellschaftsmodell aufgebaut haben. An der Europäischen Union, deren Aufbau fast ausschließlich auf die Eingliederung in den weltweiten Finanzkapitalismus ausgerichtet war und immer noch ist, haben wir ein bis auf die Spitze getriebenes Beispiel. Sämtliche Einrichtungen der EU streben nach einer Unterordnung des Rechts unter das Handels- und Gesellschaftsrecht: die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, das in seinen Vorrechten noch weitgehend eingeengte Europaparlament oder auch der Europarat - der nach Belieben die Texte, die er den Bevölkerungen aufgezwungen hat, mißachtet.
Den **sechsten** Faden, den es herauszuziehen gilt, ist der der Emanzipation gegenüber diesen Einrichtungen. Sie müssen durch demokratische Institutionen ersetzt werden, die von der Bevormundung durch das Finanzkapital verschont bleiben. Dieser sechste Faden ist kein dünner, denn er führt uns – ausgehend von einem gegen den Volkswillen reformierten Rentensystem - zu der Notwendigkeit, auf allen Ebenen die **Demokratie** aufzubauen.

Auch wenn wir anfangs bei den Renten zwar vom großem Geld gesprochen haben, so kann dennoch nicht alles als eine Frage des großen Geldes behandelt werden, denn im Laufe der angestellten Überlegungen stellt sich die Frage nach unserem Gesellschaftsentwurf: es ist eine Gesellschaft, in der der von Marx so gut analysierte Geldfetischismus zurückgedrängt wird. Ziel ist es, heute und morgen sozialen Beziehungen den Weg zu bahnen, die mehr Gleichheit, Beachtung der ökologischen Zusammenhänge, Frieden vorweisen. Ziel ist eine Gesellschaft, in der **nicht alles zur Ware** gemacht wird, sondern umgekehrt die kostenlose öffentliche Versorgung ausgebaut wird. (...) Bei diesem letzten Faden ist es wichtig, sich mit der dazugehörigen Ideologie auseinanderzusetzen, da es keinen politischen Sieg ohne neue Paradigmen gibt.

Die Emanzipation vom Kapital, von dem Zwang, immer mehr zu arbeiten, vom Produktivismus, die Emanzipation der Frauen, der Völker des Südens; die Emanzipation von Institutionen und auch vom Geldfetischismus – das sind Mittel, den Kampf gegen sieben der Hauptsünden des Kapitalismus aufzunehmen.

Ich habe eingangs gesagt, dass sich das ganze Garn abwickelt, wenn am Faden der Renten gezogen wird. Bis jetzt waren wir vor allem mit dem Abwickeln beschäftigt. Die Kapitalismuskritik war das Thema der Sommeruniversität 2009. Jetzt müssen wir Gesellschaftsentwürfe neu stricken. Das ist dieses Jahr unser Thema, nicht wahr?

(1) französischer Arbeitgeberverband, Anm.d.Ü.

(2) Zu diesen Errungenschaften und deren schrittweisem Abbau ab den 90er Jahren: s. die Einleitung Seite 15

Diese Rede ist in dem Brief Nr.35 des Wissenschaftlichen Beirats von attac Frankreich veröffentlicht: http://www.france.attac.org/spip.php?article11798

Übersetzung: Angelika Gross, Korr. Michaela Haack, coorditrad , SiG-Redaktion

Bald die Rente mit 70: U-Bahn, Arbeit, Grab (In Anspielung an den Spruch aus Mai 68, der ein Arbeitsleben kritisierte, bei dem es nur "Métro Boulot Dodo " geben kann, also U-Bahn, Arbeit und Schlafen; aus einem Gedicht von Pierre Béarn 1951)
http://perdre-la-raison.blogspot.com/2010/10/manifestation-paris-le-12-octobre-2010.html

Abschlussrede in Oldenburg am 10.10.10

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Regierung behandelt mehr als fünf Millionen Menschen dieser Gesellschaft wie den letzten Dreck! Sie wirft ihnen fünf Euro hin wie den Tieren das Futter: Friss oder stirb! Sie hat keine öffentliche Diskussion darüber geführt, was ein Mensch in dieser Gesellschaft braucht für ein menschenwürdiges Leben. Sie hat nicht mit denjenigen gesprochen, die von Hartz IV leben müssen. Sie hat das soziokulturelle Existenzminimum wieder im Hinterzimmer berechnen lassen und präsentiert die Ergebnisse um fünf Minuten vor Zwölf – und dann noch mit peinlichen Zahlendrehern.

Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Hartz IV-Sätze gegen die Menschenwürde verstoßen und deshalb neu bestimmt werden müssen, hätte die Chance beinhaltet, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, was ein Mensch braucht für ein menschenwürdiges Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Es hätte die Chance beinhaltet, die Abspaltung und Ausgrenzung einer wachsenden Armutsbevölkerung überhaupt einmal zu thematisieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.
Aber was macht diese Regierung?
Sie weiß, dass für die Berechnung der HartzIV-Sätze entscheidend ist, **welche Haushalte als Vergleichsmaßstab** herangezogen werden. Das ist eine politische Entscheidung. Bisher waren es die untersten 20 Prozent aller Einkommensbezieher, ohne die HartzIV- und Grundsicherungsbezieher selber. Diese Regierung entscheidet als erstes, in dieser Vergleichsgruppe nicht nur all diejenigen zu belassen, die ergänzend HartzIV oder Grundsicherung erhalten, weil ihr Lohn oder ihre Rente nicht reichen, sondern auch noch all die Haushalte, deren Einkommen sogar noch unter den HartzIV-Sätzen liegen. Im Klartext heißt das: Die Höhe des Regelsatzes soll sich auch nach den Ausgaben von Menschen bemessen, die noch nicht einmal den Regelsatz zur Verfügung haben.

Aber die politische Willkür der Regierung ist damit noch nicht zuende. Als ihr nach diesem Trick die Ergebnisse immer noch zu hoch erscheinen, berücksichtigt sie statt der untersten 20 nur noch **die untersten 15 Prozent**. Hören wir dazu den Originalton aus dem Bundesarbeitsministerium: *„Mit einer Referenzgruppe von ungeachtet weiter 20 Prozent käme man bei der Bemessung des Existenzminimums in Einkommensklassen, die in die untere Mittelschicht reichen (bis 1.200 Euro).“*
Liebe Freundinnen und Freunde: Das ist schon eine bemerkenswerte Aussage!
Erstens gibt die Regierung hier unumwunden zu, dass sie die Statistik manipuliert, bis ihr das Ergebnis passt.
Zweitens wird deutlich, dass die Regierung schon ein Niedriglohneinkommen von 1.200 Euro im Monat zur Mittelschicht deklarieren muss, nur um zu verbergen, dass inzwischen fast **ein Viertel** aller lohnabhängig Beschäftigten im **Niedriglohnsektor** arbeiten muss. Und das nicht etwa deshalb, weil in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt weniger Geld verdient würde – im Gegenteil, aber das Einkommen wird immer ungleicher verteilt. Während der Niedriglohnsektor sich ausweitet und die Lohnhöhe dort seit 1995 nicht mehr ansteigt, steigen die Einkommen und Gewinne der Reichen und Superreichen.
Und **drittens** zeigt sich hier, dass die Regelsatzbemessung nach der EVS von vornherein einen entscheidenden Konstruktionsfehler hat: Wenn man 25 Jahre lang eine Massenarbeitslosigkeit von mehr als 4 Mio. nicht bekämpft, sondern stattdessen den Erwerbslosen systematisch Jahr für Jahr die Leistungen kürzt, wenn man gleichzeitig einen Niedriglohnsektor schafft und mit HartzIV systematisch ausweitet, wenn man in dieser Zeit an einem völlig überholten Schulsystem festhält, das systematisch Bildungschancen nach der sozialen Herkunft verteilt, wenn Kinder kaum eine Chance haben, diesen Teufelskreis sozial vererbter Ausgrenzung zu durchbrechen – wenn man also ein Vierteljahrhundert lang die Gesellschaft systematisch sozial, kulturell und politisch spaltet und eine wachsende

Armutsbevölkerung produziert – dann kann die Bemessung des gesellschatlichen Existenzminimums am Konsumverhalten dieser Armutsbevölkerung zu nichts anderem führen als zu weiterer Verarmung, weiterer Mangelernährung und weiterer Ausgrenzung. Das bedeutet: Wenn die untersten Schichten der Gesellschaft so verarmt sind, dass sie sich kein Obst und keine Bücher mehr leisten können, dann folgt nach diesem Modell daraus, dass Obst und Bücher nicht zum Existenzminimum gehören.
Diese politische **Willkür** bei der Berechnung des Existenzminimums können und wollen wir uns nicht länger gefallen lassen!

Der **Teufelskreis gesellschaftlicher Spaltung** kann nur durchbrochen werden – und das ist ein Grund, liebe Freundinnen und Freunde, warum heute Erwerbslose, lohnabhängig Beschäftigte und Landwirte gemeinsam demonstrieren – dieser Teufelskreis gesellschaftlicher Spaltung kann nur durchbrochen werden, wenn wir sowohl dem weiteren Lohndumping einen gesellschaftlichen Riegel vorschieben als auch für eine menschenwürdige Grundsicherung sorgen, die sich eben nicht am sinkenden Lohniveau bemisst, sondern am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, diese Regierung hat nicht einmal genügend Anstand, wenigstens die Bedarfe von mehr als **zwei Millionen Kindern**, die von HartzIV leben müssen, ernsthaft zu ermitteln, so wie es das Verfassungsgericht verlangt hat.
In den Daten der EVS werden die Ausgaben für Kinder nämlich gar nicht gesondert erfasst. Sie wurden in den Hinterzimmern des Ministeriums mit komplizierten Rechenmodellen von den Gesamtausgaben der Haushalte „abgeleitet“. Frau von der Leyen sollte ihr Ministerium nicht mehr Ministerium für Arbeit und Soziales nennen, sondern das „Mysterium der unterdrückten Bedarfe“. Denn was, liebe Freundinnen und Freunde, hat es mit realen Bedürfnissen zu tun, wenn in den neuen Regelsätzen für die Ernährung eines 13-jährigen Kindes 27 Euro und 47 Cent pro Monat weniger enthalten sind als für ein 14-jähriges Kind? Es wird das Geheimnis unserer siebenfachen Supermutti Ursula von der Leyen bleiben, wie wir unserem 13-jährigen Kind erklären sollen, dass es jeden Monat für 27 Euro und 47 Cent weniger zu essen bekommt als sein 14-jähriges Geschwisterkind.
Solch ein Schwachsinn kann nur dabei herauskommen, wenn man Statistikern vorschreibt, die realen Bedürfnisse von Millionen Menschen auf eine von vornherein festgelegte Summe herunter zu rechnen. Nebenbei bemerkt finden wir es beschämend, dass hochdotierte Wissenschaftler sich dafür hergeben, der Regierung solche Scheinrechtfertigungen für ihren fortgesetzten Verstoß gegen die Menschenwürde zu liefern. Aber vielleicht sind das auch schon die ersten Ergebnisse der neoliberalen Bildungsreformen: dass hochspezialisiertes Fachwissen offensichtlich ohne weiteres mit einer totalen sozialen Verblödung zusammengehen kann.

Diese Regierung predigt nur eine allgemeine Familien- und Kinderförderung, praktisch betreibt sie eine **gesellschaftliche Auslese**, die man nur noch als **sozialrassistisch** bezeichnen kann – wie sonst ist das krampfhafte Festhalten an unserem aussortierendem Schulsystem zu erklären, oder die **kaltschnäuzigige Streichung des Elterngelds nur für Hartz IV-Kinder** und nun die grobe Missachtung grundlegender Bedürfnisse von mehr als zwei Millionen Kindern?
Dabei muss es nicht immer nur mehr Geld sein. Wir sind durchaus mit Sachleistungen einverstanden, gern nach dem skandinavischen Vorbild, auf das sich von der Leyen mit ihrer Chipkarte so gern bezieht. Wir sind schwer dafür, dass alle Kinder gemeinsam lernen bis zur zehnten Klasse, dass der Transport zur Schule nichts kostet, dass sämtliche Schulmaterialien bezahlt werden, dass es ein gesundes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Schule gibt, dass alle Kinder bis Nachmittags professionell und liebvoll betreut werden. Solche **Sachleistungen** für alle nehmen wir gerne, denn eine solche **soziale Infrastruktur** würde tatsächlich die weitere Spaltung der Gesellschaft stoppen und Integration voranbringen. Aber wir sind gegen scheinheilige Mogelpackungen, mit denen die armen Kinder nur noch mehr diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Liebe Freundinnen und Freunde!
Die gesellschaftliche Auslese ist ein notwendiger Teil des aktuellen Aufschwungs „Made in Germany“. So, wie die Bundesregierung sich mit den Laufzeitverlängerungen zum Büttel der Atomindustrie und mit der sogenannten Gesundheitsreform zum Büttel der Pharmakonzerne macht, vollzieht sie auch die Büttelpolitik für die Exportindustrie. Sie betreibt die soziale Spaltung der Gesellschaft, um den Druck auf die Löhne aufrecht zu erhalten. Denn der aktuelle Aufschwung Deutschlands ist ein sehr einseitiger, exportgetragener Aufschwung, der nur mit relativ geringen Lohnkosten und auf Kosten anderer Länderfunktionieren kann. Er bewegt sich auf dünnem Eis. Die deutsche Wirtschaft wächst zurzeit, weil die Ökonomien in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland nicht mehr wachsen. Die deutschen Arbeitslosenzahlen sinken, weil die Arbeitslosigkeit in andere Länder exportiert wird.

Ein Sprichwort sagt: „Wer sich auf dünnem Eis bewegt, muss schneller laufen“. Aber die **kapitalistische Wachstumsideologie** führt uns immer weiter weg vom Ufer – und sorgt nebenbei auch noch für die fortschreitende Erwärmung der Gewässer. Der fatale Wettlauf um Absatzmärkte, Rohstoffe, Öl und Gas zerstört die Lebensgrundlagen unseres Planeten. Er verursacht Kriege, Ausbeutung, Hunger und Naturkatastrophen und führt zur Vertreibung und Flucht von Millionen Menschen.

Während für den Warenexport und die Ausbeutung von Rohstoffen die Grenzen nicht schnell genug durchlässig gemacht werden können, werden für Flüchtlinge die Schotten in Europa dicht gemacht. Den wenigen, die den Weg in die reichen Länder überhaupt schaffen, wird das Leben bewusst schwer gemacht. Sie sind in den miserabelsten Unterkünften untergebracht und ständig von Abschiebungen bedroht. Noch jede Verschlechterung unserer Sozialleistungen wird vorher an ihnen vollzogen. An ihnen wird gesellschaftlich vorexerziert, wie mit vermeintlich überflüssigen Menschen umgegangen wird. Aber Flüchtlinge und ihre Unterstützerorganisationen wehren sich. Und wir freuen uns, dass sie mit uns hier zusammen demonstrieren, dass sie sich mit unseren Forderungen solidarisieren, dass wir uns **gemeinsam wehren gegen die Spaltung in nützlich und überflüssig**.

Wir fordern eine ausreichende und gleiche Grundsicherung für alle Menschen weltweit!
Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!
Zur Herstellung von Jeans im „Vintage-Style“ müssen Arbeiterinnen in den türkischen Textilfabriken die **Jeans** per Hand sandstrahlen. Die giftigen Dämpfe, die dabei entstehen, führen zur Zerstörung ihrer Atemwege – Aber wir sind froh, dass wir uns diese Jeans für 9,99 Euro bei Aldi kaufen können, weil mehr Geld dafür im HartzIV-Regelsatz nicht vorgesehen ist.
Bei der **Gemüseproduktion** unter den quadratkilometergroßen Folientunneln im spanischen Almeria ruinieren Tausende MigrationsarbeiterInnen Jahr für Jahr ihr Leben und ihre Gesundheit durch katastrophale Arbeitsbedingungen und Pflanzengifte – Aber wir freuen uns, drei bunte Paprikaschoten für 79 Cent bei Lidl kaufen zu können, denn für frisches Obst und

Gemüse reicht der HartzIV-Satz sonst nicht.
Weil die **Milchpreise** längst nicht kostendeckend sind, ist die Existenz vieler Milchviehhalter in Deutschland bedroht. Sie müssen aufgeben oder ihr Land an die Betreiber von Biogasanlagen verpachten – Aber wir freuen uns, dass die Milchprodukte bei den Discountern so günstig sind, denn für mehr würde der HartzIV-Satz auch nicht reichen.
Weil sie diese **fatalen Zusammenhänge** begriffen haben, demonstrieren auch die Milchbauern hier mit uns gemeinsam! Sie wissen, dass wir uns Nahrungsmittel zu fairen Preisen nur leisten können, wenn dafür genug Geld im Regelsatz enthalten ist. Und wir wissen, dass wir die Ausbeutung der ArbeiterInnen, die Zerstörung der regionalen Landwirtschaft, die Massentierquälerei und die Zerstörung der Natur weltweit nur stoppen können, wenn wir anfangen, den ruinösen Preiskrieg der Discounter hier stoppen. Wir wollen nicht länger durch HartzIV gezwungen sein, immer nur das Billigste einzukaufen! **Wir wollen nicht als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter missbraucht werden!**
Deshalb fordern wir mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!

Liebe Freundinnen und Freunde!
80 Euro mehr sind nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zu gerechten und ökologischen Arbeits- und Lebensverhältnissen auf der ganzen Welt. Aber deshalb sind 80 Euro mehr nicht nur einfach 80 Euro.

80 Euro mehr stehen heute symbolisch
• dafür, dass Erwerbslose sich nicht kleinlaut in ihr vermeintliches Schicksal fügen, sondern selbstbewusst und lautstark für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse eintreten,
• sie stehen dafür, dass die Erwerbslosen dabei nicht nur sich sehen, sondern den Blick über ihren Tellerrand heben und sehen, welche anderen gesellschaftlichen Gruppen von Angriffen auf ihre Lebensbedingungen betroffen sind,
• 80 Euro stehen für mehr Geld in den Taschen der Erwerbslosen, aber sie stehen auch für bessere und gesündere Lebensmittel, sie stehen für regionale und ökologische Lebensmittelproduktion, sie stehen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne überall,
• 80 Euro stehen heute dafür, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Erwerbslose, Flüchtlinge, prekär Beschäftigte, Gewerkschafter und Landwirte gemeinsam auf die Straße gehen, sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und zusammen für ein besseres Leben kämpfen!

Und deshalb ist es auch gut so, dass immer mehr **Gewerkschafterinnen** und Gewerkschafter begreifen, dass es nicht nur darum gehen kann, die Arbeitsplätze von Kernbelegschaften im „Standort Deutschland" zu retten, sondern dass an der Frage eines Mindesteinkommens über die gesamten Lebensverhältnisse in der Gesellschaft entschieden wird. Und deshalb ist es auch gut so, dass heute nicht nur viele GewerkschafterInnen und Gewerkschafter aus den Erwerbslosenausschüssen von verdi dabei sind, sondern auch viele, die noch beschäftigt sind, und viele, die prekär beschäftigt sind und sich gerade deshalb gewerkschaftlich organisiert haben.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!
80 Euro mehr sind nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zu einem besseren Leben für alle. Aber für uns sind sie ein riesiger Schritt angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse. „Große Macht bedeutet auch große Verantwortung" - aber wir haben keine große Macht, dazu sind wir noch zu wenige. Und trotzdem lastet auf uns eine große **Verantwortung**:
• Wir sind es, die gegen menschenverachtende Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts repräsentieren,
• Wir sind es, die gegen soziale Kälte menschliche Wärme und Solidarität setzen,
• Wir sind es, die über eine lebenswerte und menschenwürdige Zukunft nicht nur für Reiche, sondern für alle Menschen auf der ganzen Welt nachdenken!
Aber wir sind es auch, die diesen Kampf gewinnen müssen! Dazu brauchen wir Verbündete! Wir freuen uns deshalb über die Unterstützung verschiedener Untergliederungen des DGB, von Verdi, der IG Metall und der GEW!

Wir freuen uns, dass VertreterInnen der Linken, aber auch der Grünen und der SPD uns für die heutige Demonstration ihre Solidarität bekunden. Aber wir sagen hier eines auch in aller Deutlichkeit an die Adresse der **SPD** und der **Grünen**: Mit flockigen Lippenbekenntnissen ist der Schaden, den ihr mit der Durchsetzung von HartzIV angerichtet habt, nicht wieder gut zu machen!
Wir werden Euch an Euren Taten messen. Und von diesen Taten ist die geringste, die wir erwarten, dass Ihr diesen Gesetzentwurf mit uns zusammen verhindert – aber nicht für einen faulen Kompromiss im Vermittlungsausschuss, sondern für mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel – und keinen Cent weniger!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
Mit dieser Demonstration haben wir unsere Forderung nach 80 Euro mehr zum Symbol für unseren Kampf für ein besseres Leben gemacht. Und wir haben ein für Deutschland historisch neues Symbol geschaffen: das Krach schlagen auf Kochtöpfen.
Krach schlagen auf Kochtöpfen signalisiert, dass es ans Eingemachte geht, dass selbst in einem der reichsten Länder auf der Erde das elementare Grundbedürfnis nach gesunder Ernährung verletzt wird. Aber Krach schlagen auf Kochtöpfen signalisiert auch, dass wir die Machthaber in diesem Land nicht mehr in Ruhe lassen werden.
Lasst und in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten, notfalls auch Jahren, dafür sorgen, dass es keine politische Veranstaltung mehr gibt, auf der wir nicht auf Kochtöpfen Krach schlagen:

Für 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!
Für ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht!
Für sinnvolle Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen!
Für gesellschaftliche Kontrolle unserer Lebensmittelproduktion!
Für eine ökologische, fair gehandelte und auch regionale Versorgung mit Lebensmitteln!

Für eine bessere Welt!

http://www.krach-statt-kohldampf.de/temp/Abschlussrede%2010.10.10%20Oldenburg.pdf

Hans-Jürgen Urban

„Wir waren schon mal weiter“

IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban über die Herbstproteste des DGB, die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus und das Problem, dafür Mehrheiten zu finden

Im Gespräch mit Tom Strohschneider, In: FREITAG 05.08.2010

Der Freitag: Die Griechen streiken, die Franzosen gehen auf die Straße, in Spanien wird die Arbeit niedergelegt. Als deutscher Gewerkschafter müssen sie bestimmt neidisch sein.

Hans-Jürgen Urban: Neidisch bin ich nicht. Auch wenn es hierzulande noch eigentümlich windstill ist, der Schein der absoluten Ruhe trügt. Es brodelt, in den Betrieben und bei Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und Familien, die sich die Politik als erste Opfer ihrer „Krisenbewältigung“ ausgesucht hat. Was die Gewerkschaften angeht: Wir haben DGB-weit für den Herbst Aktionen in Vorbereitung. Und das wird mehr als eine Demonstration am Samstagnachmittag.

Aber warum erst im Herbst?

Es herrscht noch Unsicherheit über die Perspektiven des Protestes. Es muss noch intensiver über die fatalen Folgen der Regierungspolitik aufgeklärt und über geeignete Gegenstrategien diskutiert werden. Es geht um das geplante Kürzungspaket der Bundesregierung, um die ordnungs- und verteilungspolitisch skandalöse Kopfpauschale von Gesundheitsminister Rösler, aber auch weiterhin um den Erhalt von Beschäftigung und Arbeitseinkommen. Die Krise ist noch nicht vorbei.

Bisher konnte die IG Metall recht zufrieden sein mit der Politik. Abwrackprämie und Kurzarbeit lagen auf gewerkschaftlicher Linie. Fällt es Ihnen vor diesem Hintergrund schwerer, jetzt auf Konfrontation umzuschwenken?

Die Wucht der Krise hat eine gewisse Schockstarre bei vielen Akteuren ausgelöst. Die Gewerkschaften waren zunächst bemüht, den Einbruch von Aufträgen und Produktion nicht in einen Kollaps bei der Beschäftigung umschlagen zu lassen. Dabei hat es neben betrieblichen Bündnissen auch Kooperationschancen mit der Bundesregierung gegeben, die wir genutzt haben. Man könnte von einem neuen **Krisen-Korporatismus** sprechen, der ja durchaus Erfolge vorzuweisen hat. Die spannende Frage jedoch ist: Taugt dieses Modell für die grundlegenden Weichenstellungen, die jetzt anstehen?

Und wie lautet Ihre Antwort?

Ich habe erhebliche Zweifel. Es ist doch absehbar, dass wir mit einer strukturkonservativen Verteidigungsstrategie den gegenwärtigen Problemstau nicht bewältigen werden. Zudem sind gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten fragil, solange sie nicht auf eigener Verhandlungsmacht und Mobilisierungsfähigkeit beruhen. Anders gesagt: Wir müssen aus eigener Kraft in die Offensive kommen.

Der Sozialphilosoph Oskar Negt hat unlängst angemahnt, die Gewerkschaften bräuchten „wieder eine starke Utopie“. Fehlt Ihnen die?

Der Begriff der **Utopie** wird viel strapaziert. Richtig aber ist: In der Defensive neigen auch die Gewerkschaften mitunter zu einem perspektivarmen Pragmatismus. Oder sie verlegen sich darauf, den Exzessen des Finanzmarktkapitalismus mit moralischen Vorwürfen zu begegnen. Da wird die Gier von Managern gegeißelt und an die Norm des ehrbaren Kaufmanns appelliert. Das ist verständlich, aber es stößt auch schnell an Grenzen. Die Finanzmärkte und das System der schamlosen Bereicherung funktionieren nach anderen Moralvorstellungen. Die Profiteure sind durch Appelle an Moral und Anstand nicht zu erreichen. Dringlicher als eine Wertedebatte scheint mir – für die Gewerkschaften wie für die Linke insgesamt – eine **machtpolitisch orientierte Strategiedebatte**: schonungslose Analyse der ökonomischen und machtpolitischen Ursachen der Krise, Formulierung strategischer Alternativen, eine realistische Bewertung der zu erwartenden Widerstände und Arbeit an einem **grundsätzlich anderen sozial-ökonomischen Entwicklungsmodell**, das Orientierungspunkte für die Alltagspolitik liefern kann. Ansonsten kritisieren wir den Finanzmarktkapitalismus mit guten, moralischen Argumenten, scheitern aber schon mit kleinen Reformanstrengungen am Bollwerk seiner immer noch stabilen Privilegien- und Machtstrukturen.

Sie sprachen von Alternativen. An welche denken Sie?

Meiner Auffassung nach gibt es ein magisches **Dreieck** aus drei Schlüsselproblemen. Erstens: Das **Demokratieproblem**. Der Finanzmarktkapitalismus hat zu eklatanten Demokratieverlusten geführt. Marktakteure treiben gewählte Regierungen vor sich her; in den Betrieben bleiben Mitbestimmungsrechte zwar formal intakt, aber die Wucht der renditegetriebenen Rationalisierungen untergräbt die realen Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten, und Europa manövriert sich in ein Schuldenregime, in dem das Diktat der Sparzwänge die demokratischen Handlungsspielräume immer weiter einengt. Fatale Entwicklungen!

Also mehr Regulierung? Das gehört inzwischen ja schon fast zu den Standardforderungen im politischen Betrieb.

Ich meine eine viel offensivere Variante. Es geht nicht nur um die Stabilisierung der Finanzmärkte. Das ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es geht darum, **das Primat des Politischen gegenüber den Finanzmärkten und damit Spielräume der Demokratie zurückgewinnen**. Und es geht um Elemente von Wirtschaftsdemokratie in der Realökonomie. Ohne eine wirkliche Neuverteilung von Macht in der Wirtschaft werden wir scheitern. Das gilt auch mit Blick auf das **zweite** Schlüsselproblem: ökologische **Nachhaltigkeit**. Das gegenwärtige fossilistische Entwicklungsmodell ist nicht mehr in Einklang zu bringen mit einem nachhaltigen Umgang mit der Natur. Es geht um eine Ökologisierung des Wirtschaftens, des Konsumierens und, das sage ich als Metaller ganz bewusst, des **Modells der industriellen Wertschöpfung**. Das bedeutet für Schlüsselsektoren wie die Automobilindustrie eine tief greifende Umstellung.

Da werden Sie in der IG Metall nicht nur Beifall bekommen.

Ich würde es anders formulieren: Wir waren schon einmal weiter. Anfang der neunziger Jahre hatte die IG Metall mit ihrem Konzept Auto Umwelt Verkehr ein, wenn man das heute liest, überraschend visionäres Papier vorgelegt. Es ging um Konversion in der Automobilbranche wie um grundsätzliche neue Konzepte von Mobilität. Gemessen daran sind wir deutlich zurückgefallen. Da müssen wir jetzt wieder aufholen, weil vermutlich ohne ökologische Erneuerung die Strukturkrisen – Stichwort: Überproduktion – nicht überwunden werden können. Und die muss gegen kurzfristige Shareholderinteressen durchgesetzt werden, eine verdammt schwierige Aufgabe.

Die von der IG Metall geforderte Abwrackprämie lag eher auf dem alten Weg.

Insgesamt sind die Strategien der jüngeren Vergangenheit den Anforderungen an einen

ökosozialen Umbau nicht gerecht geworden. Aber das hatte ja seine Ursachen.

Welche meinen Sie?

Ein industriepolitisch gesteuerter, ökosozialer Umbau des Industriemodells muss den Betroffenen nachhaltige Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven aufzeigen. Darauf haben sie ein Recht, und daran mangelt es bisher! Und das verweist auf das **dritte** Schlüsselproblem: Eine Strategie der **Entprekarisierung** von Arbeit und Lebenslagen, nicht nur beim ökologischen Umbau. Dazu gehören etwa: ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bedarfsorientierte Grundsicherung, aber auch ein effektiverer Schutz der Erwerbslosen vor dem immer repressiver werdenden Zwang, selbst schlechteste Arbeit aufzunehmen. Zugleich geht es um neue Modelle der Erwerbsarbeit, die individuelle Lebensentwürfe respektieren und geschlechterdemokratischen Anforderungen genügen. Kurzum, es geht um **einen neuen Mix von souveräner Lebensführung und sozialer Sicherheit**.

Dies einmal als Umriss einer neuen Leitidee verstanden: Sie müssen dafür eine Mehrheit im Gewerkschaftslagers finden. Und, noch schwieriger, eine solche Alternative müsste in der Gesellschaft akzeptiert sein, wenn sie Realität werden soll.

Keine Frage, uns steht noch einiges an Arbeit bevor. Mit Blick auf die Gewerkschaften bin ich durchaus optimistisch. Ein Projekt, das ökologische Modernisierung mit sozialen Perspektiven verbindet, wird Mehrheiten im DGB finden. Doch nach dem Wollen kommt das Können. Und das heißt: Die Gewerkschaften müssen Verhandlungs- und **Organisationsmacht** zurückgewinnen, etwa durch verstärkte Organizing-Anstrengungen. Denn die Realisierung des „magisches Dreiecks“ gerät früher oder später mit den Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Konflikt. Und dann?

Haben Sie eine Antwort?

Ich kenne nur eine historisch bewährte Methode, den Interessen der Mehrheit zum Durchbruch zu verhelfen – Demokratie! Das Ganze geht nicht ohne die legitime Zwangsgewalt des demokratischen Staates, für die auch die **Eigentumsordnung** kein Tabu sein darf. Und es geht nicht ohne neue Mehrheiten in Gesellschaft und Politik. Die Gewerkschaften allein wären damit überfordert.

*Es geht also um Bündnisse. Sie haben vor einiger Zeit den Begriff der „**Mosaik-Linken**“ vorgeschlagen. Auf wen richtet sich da Ihre Hoffnung?*

Ein Mosaik ist ein Kunstgebilde, es entsteht nicht von allein, es muss an ihm gearbeitet werden. Ein Mosaik besteht zudem aus vielen unterschiedlichen Steinen, entfaltet seine volle Ausstrahlungskraft aber erst als Gesamtwerk. Die Metapher zielt also auf eine **neue Form der politischen Kooperation**, die von Parteien über soziale Bewegungen bis hin zu anderen Akteuren der Zivilgesellschaft reicht, und bei der unterschiedliche Herkünfte und Kulturen respektiert werden. Für die Gewerkschaften hieße das, auf andere Akteure in der Gesellschaft zuzugehen und eigene Vorstellungen einzubringen, wie man gemeinsam Mehrheiten für ein radikales Umsteuern in Gesellschaft und parlamentarischen Arena erreichen kann.

Sie denken an Rot-Rot-Grün?

Ich sehe auf absehbare Zeit keine andere Konstellation, durch die sich zumindest die Chance auf tiefgreifende Strukturreformen eröffnen ließe. Doch mehr als eine Option ist das bisher nicht. Noch gibt es kein fundiertes rot-rot-grünes Projekt. Und bisher setzen einige offensichtlich lieber auf gegenseitiges Vorführen und taktische Spielchen als auf eine gemeinsame Machtperspektive. Ich halte das für verantwortungslos.

In Niedersachsen fand unlängst ein Treffen von Vertretern aus SPD, Grünen und Linken statt – eingeladen hatte der regionale DGB. Müssten die Gewerkschaften nicht stärker diese Rolle als Moderatoren einnehmen? Oder geht das nicht, weil die traditionelle Bindung an die Sozialdemokratie noch so stark ist?

Die langen Jahre der privilegierten Partnerschaft mit der SPD sind vorbei. Die Agenda-2010-Politik war die Axt, mit der das historische Band zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie zerschlagen wurde. Aber es wäre auch eine Illusion zu glauben, dass eine andere Partei jetzt an die Stelle als privilegierter Partner treten könnte, weder die Grünen noch die Linke. Wir müssen parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaften bleiben – aber Gelegenheiten und Räume zu eröffnen, in denen an neuen gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten gearbeitet wird, das steht auch Einheitsgewerkschaften gut zu Gesicht.

Aus dem Reader vom Kongress „Auto und Mobilität in der Krise“, Ende August 2010 in Hannover

26.11.: Sparpaket stoppen! Bundestag belagern!

Wir werden als Akt des zivilen Ungehorsams mit möglichst vielen Menschen am Tag der Entscheidung über das „Sparpaket“ den Bundestag belagern. Zusammen drücken wir mit unserer Belagerung ein unmissverständliches „Nein“ gegenüber diesem Angriff auf unsere Interessen aus. (…)

Bundesweite Aktionskonferenz am 26. (ab 18 Uhr) und 27.11. in Berlin

DGB-Haus | Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstr. 1–3 | 10787 Berlin | U Wittenbergplatz

http://www.kapitalismuskrise.org/

Europäischer Gewerkschaftsbund ruft zu einem Europäischen Aktionstag am 15. Dezember auf

„Am 15. Dezember, also kurz vor dem nächsten EU-Gipfeltreffen, soll der nächste Europäische Aktionstag mit dezentralen Aktionen in den Mitgliedstaaten stattfinden. Im März nächsten Jahres ist während der ungarischen Präsidentschaft die Abhaltung eines dritten Europäischen Aktionstages in Budapest geplant.“
http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_0.a&cid=1288692072339

Winfried Wolf

Aufrecht gehen! Oben bleiben!

Rede 3. September 2010 // Stuttgarter Demonstration

Liebe Bürgerinnnen, liebe Bürger,

Um es vorweg und deutlich zu sagen:
Die Menschen in dieser Republik schauen auf diese Stadt. Das ist seit Wochen so. Das ist heute Abend der Fall. Das wird so sein, wenn ihr hier, wenn wir gemeinsam den Abrißstopp erzwingen, die Alternative durchsetzen und uns nicht über einen runden Tisch ziehen lassen.
Einfach: OBEN BLEIBEN

Ich sage das bewusst als jemand, der sich seit 1994 gegen das Projekt Stuttgart 21 engagiert und der sich als ein in Berlin lebender Schwabe vor zwei Wochen am ersten Schwabenstreich im Hauptbahnhof Berlin beteiligte.

Es gibt in der bundesdeutschen Medienwelt ein Rätselraten darüber, was denn in Stuttgart abgeht, was in die Menschen hier gefahren sei. Warum im Ländle der Kehrwoche jetzt die Wochen-Demo am Montag und nun auch noch die Großdemo am Freitag so wichtig geworden sei. Ich finde, das hat alles herzlich wenig mit dem Menschenschlag und mit Mentalitäten zu tun.
Es geht doch schlicht und einfach um die Frage: WEM GEHÖRT DIE STADT.
Und um die verlogenen und zynischen Antworten, die wir auf diese berechtigte Frage bekommen.

Lasst uns die Frage „Wem gehört die Stadt“ auf drei Ebenen ausleuchten: erstens der Ebene der Demokratie, zweitens der Ebene der guten und schlechten Argumente und drittens der Ebene der Wirtschaftlichkeit, oder, wie wir hier sagen: zur Frage, wer d´Sach zamme halte kann.

Ebene eins – Demokratie.
Eigentlich ist hier die Frage „Wem gehört die Stadt“ leicht zu beantworten. „Demos“ heißt das Volk; „kratos“ die Herrschaft: Unser politisches System nennt sich Volksherrschaft oder gegebenenfalls Herrschaft der Mehrheit. Zwei Drittel in dieser Stadt sind gegen Stuttgart21. Die Mehrheit im Bundesland Baden-Württemberg ist gegen das Projekt. Das sind recht überschaubare Verhältnisse. Und sie werden von dieser Schuster-Drexler-Mappus-Show ja auch eingestanden. Warum bloß verweigern sie seit drei Jahren einen Bürgerentscheid zu dem Thema? Deutlicher kann man nicht dokumentieren, dass man demokratische Prinzipien mit den Füßen tritt.

Ebene zwei – die der guten und schlechten Argumente.
Grube, Ramsauer, Drexler, Schuster und Mappus argumentieren: Die Bevölkerung rafft es nicht. Unsere Argumente sind an sich ausgezeichnet, sie dringen bisher nur nicht ausreichend durch. Wir schaffen in Stuttgart den Anschluss an die Moderne. All die Lapptopper, die Handy-men, die Eurokraten und die Bürokraten, die täglich auf der Magistrale Paris – Stuttgart -Bratislava - Budapest pendeln, wollen in Zukunft partout per Eisenbahn und Maulwürfen gleich unter Stuttgart hindurchfahren und gegebenenfalls einen kurzen Blick durch Glupschaugen hoch auf den Daimler-Stern auf dem Bonatz-Bau werfen.

GEHT’s NOCH? Wir alle wissen: Das ist hanebüchen. Sollte es Stuttgart21 je geben, dann werden keine zehn Leute am Tag von Paris über Stuttgart nach Budapest mit der Eisenbahn fahren. Doch es werden Tag für Tag viele Zehntausende sein, die hier vor Ort im S-Bahn- und im Nahverkehr Streß mit dem neuen Nadelöhr im Keller der Stadt haben.

Apropos gute Argumente:
Das gilt ja auch für die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm, ohne die S21 sinnlos wäre und wogegen wir gute und wofür die S21-Befürworter schlechte Argumente haben.

- Ja, die Geislinger Steig´ ist steil. Doch die Neubaustrecke wird noch steiler – anstelle von 2,5 Prozent werden es 3,1 Prozent Steigung sein.
- Ja, 250 Meter Höhendifferenz, die bei der Fahrt über die Schwäbische Alb zu bewältigen sind, sind verdammt viel. Doch die Neubaustrecke will deutlich höher hinaus und eine Höhendifferenz von 450 Metern bewältigen. Das sind 80 Prozent mehr!
- Ja, Güterzüge quälen sich auf der heutigen Strecke. Doch auf der Neubaustrecke kann es keine herkömmlichen Güterzüge mit 1500 Tonnen Gewicht und einer Lok mehr geben. Das ist dann schlicht nicht mehr zu bewältigen. Und um das zu vertuschen, haben die Befürworter von S21 einfach neue Züge, die sogenannten leichten Kaufmannszüge, erfunden. Züge die es nicht gibt und die es nicht geben kann, da der Trend in Richtung immer längerer und schwererer Güterzüge geht und da es ja eine andere Güterverkehrsroute Richtung München gibt, die über Donauwörth und Nördlingen.

Selbst die behauptete Zeitersparnis, die es bei der Neubaustrecke geben soll, ist manipuliert. 1995 dauerte die Zugfahrt zwischen Stuttgart und München – laut Fahrplan, wohlgemerkt – 121 Minuten. Heute sind es 144 Minuten oder 23 Minuten mehr. Das soll jetzt mit einer Neubaustrecke wieder hereingeholt und darüberhinaus die Strecke noch etwas verkürzt werden.
Das ist doch absurd. Da fragen wir doch die selbsternannten Freunde der Schiene: Warum habt ihr bloß die Infrastruktur 15 Jahre lang so verlottern lassen? Warum ist es nicht das allererste Anliegen, die bestehende Strecke wieder in Schuss zu bringen und dann durch kleinteilige, deutlich preiswertere Verbesserungen diese Verbindung zu ertüchtigen und meinetwegen auch noch um ein paar Minuten über den Stand von 1995 hinaus zeitlich zu verkürzen?

Kommen wir zur dritten Ebene, zur Frage der Wirtschaftlichkeit. Zur Frage: Sind die Milliarden für S21 und Neubaustrecke gut investiertes Geld? Oder auch: Wer kann „d´Sach gut zammehalte“?

Tatsachen sind doch
- Die Kosten für S21und die Neubaustrecke explodieren, noch *bevor* der Bau begonnen hat
- Allein seit 2007 erhöhten sich die offiziellen Kosten für beide Projekte zusammen von 4,8 auf 7 Milliarden Euro.
- Die jüngsten Einsparungen, mit denen S21 als wirtschaftlich schön gerechnet wird - also dünnere Tunnelwände, weniger Querstollen als Rettungsgänge, der Einsatz von 3900 Bauarbeitern aus Osteuropa, zusammengefasst in einer eigenen Containerstadt – sind extrem riskant und baurechtlich unter Umständen schlicht kriminell.

Es ist hier auch zu fragen: Für was, für welche Zwecke wird denn dieses Geld eingesetzt? Oder: Wie könnte das anderweitig sinnvoll eingesetzt werden? Aktuell werden diese Milliarden eingesetzt gegen die Fahrgäste, gegen den Schienenvekehr, gegen die Stadt, die verwüstet wird, mit erheblichen Gefahren für die Mineralquellen und die Bebauung – weswegen ja auch der wichtigste S21-Preisträger, Frei Otto, aus dem Projekt ausstieg und vor kaum beherrschbaren Gefahren warnt.

Nun wissen wir: Bei einer Realisierung unserer Alternativen würden Bund, Land und Stadt zwischen sechs und acht Milliarden Euro einsparen.
Ein Vergleich: Am 1. September beschloss das Kabinett Merkel-Westerwelle ein Sparpaket. Teil desselben sind 30 Milliarden Euro an Einsparungen bei den sozial Schwachen, bei Hartz-IV-Empfängern, bei allein erziehenden Müttern. Allein das genannte Einsparpotential bei S21 und der Neubaustrecke macht ein Fünftel bis ein Drittel des gesamten asozialen Spar-Wut-Volumens aus.
Es ist doch politisch aufschlussreich, wie beim Sparprogramm auf dem Rücken von Menschen, für die jeder Euro wichtig ist, gespart wird, während gleichzeitig Milliarden Euro dafür ausgegeben werden, dass Fahrgäste geschädigt, eine Stadt geschunden und ein Baudenkmal zerbaggert wird.

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,
Wenn es denn so ist,
- dass wir die Mehrheit sind
- dass wir die besseren Argumente haben
- dass wir d´Sach zamme halte können

dann stellt sich doch die Frage: **Warum bloß kann sich bisher diese Grube-Schuster-Drexler-Mappus-Show durchsetzen?**
Natürlich fällt da einem die eine und andere Antwort ein. Da gibt es Leute, die wollen sich ein Denkmal setzen. Da gibt es Leute, die sind gekauft oder die kaufen sich ein.
Doch wir sollten auch eine große Linie im Auge behalten, die letzten Endes in erheblichem Maß all diese Pläne bestimmt. Es geht seit einem Dreivierteljahrhundert um das Ziel der autogerechten Stadt, der auf Auto und schnellen Kommerz zugerichteten Stadt. Es ist keine Stadt für die Menschen. Keine Stadt für unsere Kinder. Keine Stadt, in der Kultur, Lebensfreude und Erholung ihren Stellenwert, die großen Plätze, den öffentlichen Raum bestimmen.
Nein – PLATZ DA: Da wird Platz geraubt, werden Plätze und öffentlicher Raum zweckentfremdet für Straßen, für Banken, für Kommerz.
Es ist doch kein Zufall, dass von vier Bahnchefs drei, nämlich Heinz Dürr, Hartmut Mehdorn und Rüdiger Grube aus dem Hause Daimler gestellt wurden. Dass sie alle drei das Projekt Stuttgart21 vorantrieben. Und dass es dann da einen Bahnchef namens Johannes Ludewig gab, der nicht so eng an ein Autoimperium angebunden war. Der ließ Stuttgart21 durchrechnen. Der stellte fest, dass sich das nicht rechnet. Der beschloss den Ausstieg aus dem Projekt. Und der war dann weg vom Bahnchef-Fenster. Der Autokanzler holte den nächsten Daimler-Mann, Mehdorn.

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,
lasst mich das mit der „großen Linie“, die hinter S21 steht, noch genauer belegen. Im Jahr 1993 erschien im Münchner Wochenmagazin „Focus“ - exakt in Heft 43/93 – ein Artikel mit der Überschrift: „Das Mega-Milliarden-Ding“. Es ging in dem Beitrag allein um die so genannten 21er Projekte, mit denen Schienenverkehr unter die Erde verlegt werden sollte. Zum Auftakt des Artikels wurde ein Blick auf das „Vorbild USA“ und das „Beispiel New York“ geworfen. Es gab zwei Fotos im Stil von „vorhernachher“. Das erste zeigte New York City in den 1920er Jahren. Ein Bild mit breit gefächerten Schienensträngen und einem imposanten Kopfbahnhof. Penn Central Station – der damals größte Bahnhof der Welt. Daneben ein Foto von derselben Stelle heute: dichte Bebauung; Hochhäuser. Im Text hieß es: „Die New Yorker (...) überbauten diese hässliche Gleisschneise samt Bahnhof mit Hochhäusern und Straßen.“ Dass in der Folge der Schienenverkehr in den USA und in New York auf weniger als ein Zehntel reduziert wurde, verschwieg „Focus“. Aber das Blatt war ehrlich genug, die *grundsätzliche Stoßrichtung der 21er Projekte* offen zu legen. Dort hieß es: „*Heinz Dürr, der Führer der zukünftigen Deutschen Bahn AG (...) gibt sich entschlossen, mit Bahnhöfen und Brachland gutes Geld zu verdienen. (...) Für das Geschäft mit Immobilien wird im Vorstand der neuen DB AG eigens ein neues Ressort geschaffen.*“ Die gewissermaßen focussierte Bilanz: „*Das 41.000 Kilometer lange Schienennetz ist als Immobilie pures Gold. Die Gleisschneisen der Städte können raffiniert umbaut werden.*“
Darum und nur darum geht es: Um Immobilien-Deals. Um gewaltige Bauaufträge. Um die Privatisierung von Volksvermögen. Um die Zerstörung des klimaverträglichen Bahnverkehrs zugunsten des Straßen- und Luftverkehrs.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
uns wird in diesen Wochen und Tagen immer wieder gesagt, da sei doch alles eingetütet, es gebe eben „unumkehrbare Beschlüsse“. Das soll uns auch Tag für Tag eingehämmert, mit Bagger- und Brachialgewalt demonstriert werden.
Zunächst einmal gilt bereits rein formal: **Bei Stuttgart21 und der Neubaustrecke wurden Beschlüsse wider Treu und Glauben gefasst**. Es erfüllt den Tatbestand der Sittenwidrigkeit, wenn Entscheidungen zustande kommen, bei denen die Entscheider Gutachten nicht kennen, von einem Güterverkehr ausgehen, den es nicht geben kann und vom Ausstieg des wichtigsten Architekten aus dem Projekts - Frei Otto – und seinen Warnrufen nicht informiert wurden.
Es geht aber nicht primär um die juristische Seite. Es geht um *Politik und um Grundsätze von Demokratie*.

Das Atomkraftwerk in Whyl im Badischen war auch „unumkehrbar beschlossen“. Es wurde in den 1970er Jahren unter anderem von der bäuerlichen Bevölkerung vor Ort gestoppt.
Die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf war „unumkehrbar beschlossen“ und bereits in Bau befindlich. Das Projekt wurde von den Menschen vor Ort und von einer breiten, bundesweiten und jahrelangen Bewegung gestoppt.
Der Schnelle Brüter in Kalkar war nicht nur „unumkehrbar beschlossen“. Der war sogar weitgehend fertig gebaut. Doch eine breite bundesweite Bewegung stoppte den Weiterbau und verhinderte die Inbetriebnahme.
Und, liebe Bürgerinnen und Bürger, viele von uns wissen noch, was es am alten „Tag der deutschen Einheit“, am 17. Juni 1953 in der DDR gab.
(Zwischenrufe: „Einen Volksaufstand!“)
Ja, es gab Massendemos. Aber vorab gab es eine Normerhöhung, vor allem für die Bauarbeiter. Mehr Arbeit, weniger Geld. Dann gab es Streiks und Massendemonstrationen. Die wurden zum Teil blutig unterdrückt.
ABER: Die Normerhöhung wurde zurückgenommen. Die in Berlin Herrschenden hatten Angst vor der demokratischen Macht der Menschen auf der Straße und auf den Baustellen. Und als das SED-Politbüro erklärte, die Streikenden hätten „das Vertrauen der Regierung“ verloren, sie müssten sich dieses „Vertrauen neu erarbeiten“, da schrieb ein aus Augsburg stammender, in Berlin lebender Mann namens Bert Brecht die berühmten Zeilen:

Wäre es da / Nicht doch einfacher, die Regierung / Löste das Volk auf und / Wählte ein anderes?

Das ist jetzt 57 Jahre her. Und brandaktuell. Uns erklärt dieser Tage das S21-Politbüro in Gestalt der Herren Grube, Schuster, Drexler, Mappus und Ramsauer: Das Volk versteht uns nicht. Wir haben Kommunikationsfehler gemacht. Wir werden die Vertrauensbasis wiederherstellen. Wir laden alle ein, an einem runden Tisch zusammenzukommen.

Dazu sagen wir: GEHT's NOCH?

Wir haben nämlich *gut verstanden*. Wir sind *mündige Bürgerinnen und Bürger*. Wir sind selbstverständlich zu jeder Zeit gesprächsbereit – bei Einstellung des Abrisses und bei einer offenen Tagesordnung unter Einschluss der Punkte „Aus für S21" und „Alternativen zu S21 – das Projekt K21 steht zur Debatte".

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

ich wiederhole am Schluss was ich eingangs sagte: **Was in Stuttgart passiert ist beispielhaft für das ganze Land. Das schafft sehr vielen Menschen neuen Mut, sich selbst vor Ort zu engagieren. Wir werden noch stärker werden.**
Wir können und werden S21 stoppen. Wir werden Erfolg haben da wir, wie es der Tübinger Philosoph forderte, „aufrecht gehen". Oder mit der Stuttgarter Losung:

OBEN BLEIBEN.

Winfried Wolf

Fakten auf den Tisch ! Menschen auf die Straße ! Beton-Mafia an den Pranger!

Die S-21-Befürworter fürchten die Fakten wie der Teufel das Weihwasser

Heiner Geißler verkündete bei seiner ersten Pressekonferenz im Stuttgarter Hauptbahnhof, er habe von Ministerpräsidenten Stefan Mappus die Zusicherung, dass es während der Schlichtungsgespräche einen Bau-und Vergabestopp gibt. Jetzt gelte die Devise: ″Alles muss auf den Tisch – alle Argumente, alle Fakten, alle Zahlen.″
Genau das durfte aus Sicht der Beton-Mafia im Ländle nicht passieren. Deshalb *musste* Mappus wortbrüchig werden. Das wurde durch das S-21-Politbüro ″durchgestellt″: Bahnchef Grube ist der Kettenhund. Von der Leine gelassen von Merkel & Ramsauer. Die Bundeskanzlerin hatte ja bereits am 15. September erklärt, das Plebiszit zu Stuttgart 21 finde mit der Landtagswahl statt. Also dann, wenn alle Bäume gefällt sind.
Wer die Fakten scheut, wählt Aggression und Repression. Mal - wie im Zeitraum August und September - in Form der Bagger-Bisse in den Bonatz-Bau. Mal - wie am 30. September – mit Gewaltakten des Schwarzen Polizei-Blocks gegen friedliche Demonstranten im Schlosspark - mit bis zu 400 verletzten Demonstranten, bei Einsatz eines Provokateurs, mit vorbereitet durch Stefan Mappus (der an Einsatzbesprechungen der Polizei teilnahm).

Stuttgart 21 wird von der Bevölkerung zu Recht als Kriegserklärung verstanden: Krieg gegen die Stadtstruktur. Krieg gegen den Schlosspark. Krieg gegen die Mineralwasserquellen. Krieg gegen das Wahrzeichen Bonatz-Bau. Insofern sind die Forderungen nach „Waffenstillstand" und „Friedensgipfel", wie sie in einem früheren Stadium Tübingens OB Boris Palmer vortrug, so falsch nicht. Das heißt auch: Ein Weiterbau an S 21 *und* neue Bauaufträge während der Schlichtung sind eine neuerliche Kriegserklärung. Das Letztere fand im Vorlauf zur ersten Schlichtung statt: Kettenhund Grube tätigte neue Ausschreibungen für Bauaufträge. Ex-Bahnchef Mehdorn erklärte *nach* der ersten Schlichtungsrunde erstaunlich offen, welchem Zweck das dient: „*Ich sage hier voraus, dass nicht einmal die Grünen nach der Wahl das Projekt (Stuttgart 21) kippen. Sie können auch nicht anders. Schließlich gibt es jetzt Verträge, die gelten.*" (Die Zeit online 25.10.2010).

All das ist richtig. Die Bilanz der ersten Schlichtungsrunde zeigt jedoch auch: Es war gut, dass die S-21-Gegnerinnen und Gegner bis zum Äußersten gingen, um die Obstruktionspolitik der Beton-Mafia zu unterlaufen. Es ist gut, dass die Schlichtung stattfand. Dass sie Woche für Woche stattfindet. Mit all der Transparenz. Bei SWR & Phoenix & im Fluegel-tv. Es sind die S-21-Betreiber, es sind MerkelMappusGrube, die das Scheitern der Schlichtung brauchen. Sie müssen die Fakten fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Umgekehrt gilt: Die Fakten sind unsere Stärke. Seit rund eineinhalb Jahrzehnten versuchen die S-21-Befürworter die Tatsachen, die gegen S 21 sprechen, zu unterdrücken.

- Das Betriebsprogramm für den Untergrund-Hauptbahnhof belegt: gebaut wird ein Nadelöhr. Das konnte bereits in der ersten Schlichtungsrunde dokumentiert werden.
- Die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm ist für *alle* ICE-1, für *alle* ICE-2-Züge und für *alle* herkömmlichen Güterzüge nicht befahrbar (weil zu steil). Das ist beweisbar, aber öffentlich kaum bekannt.
- Die Alternativen zu Stuttgart 21 kosten einen Bruchteil des zerstörerischen Untergrundbahnhofs und der absurden Bolzstrecke über die Alb. Das ist im Detail belegbar, aber nicht breit öffentlich debattiert.
- Es gibt eine Maultaschen-Mafia mit dem Tunnelbauer Herrenknecht, dem Strabag-Baukonzern, den Ex-Ministerpräsidenten SpäthTeufelOettinger, dem Stuttgarter OB Schuster, dem Otto-Konzern, dem S21-Architekten Ingenhoven und dem Printriesen Südwestdeutsche Medien Holding (mit Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten, Schwarzwälder Bote und Süddeutsche Zeitung). Das Wirken dieser Mafia ist Tag für Tag spürbar. Doch bei Hinz & Kunz noch zu wenig bekannt.

Kurz: Stuttgart 21 ist kein Verkehrsprojekt. Es geht um Grundstücksspekulation. Es handelt sich um persönliche Bereicherung. Im Spiel ist Erpressung pur.
Fern der Heimat sprach Martin Herrenknecht dieser Tage Klartext. Auf die Frage einer Schweizer *Tageszeitung „Würden Sie bei einem grünen Wahlsieg Ihren persönlichen Wohnsitz oder den Sitz Ihrer Firma in die Schweiz verlegen?*", antwortete der Tunnelbau-Monopolist: *„Sowohl als auch. Bereits heute haben wir eine Holding in der Schweiz. Ich hätte keine Probleme damit, dann auch die Holding meiner deutschen Hauptfirma nach Altdorf (im Kanton Uri) zu verlegen. Außerdem würde ich die Entwicklung von Gebirgsmaschinen komplett in die Schweiz verlegen. Ich selbst würde in den Kanton Basel-Land ziehen.*" („Der Bund" vom 20. Oktober 2010).
Es muss alles getan werden, dass Woche für Woche in der Schlichtung, mittels einer Massenzeitung wie „21" und durch unsere Demonstrationen und Aktivitäten alle diese Fakten in die Öffentlichkeit kommen. Im ganzen Ländle. Und bundesweit.

WIR SIND VIELE // WIR SIND LAUT // WEIL MAN UNS DIE BAHNEN KLAUT!

Dabei wird klar werden, dass S 21 ein Muster für die *gesamte* kapitalistische Ökonomie und für den flächendeckend bundesweiten korruptiven Sumpf ist. Und dass das Oben bleiben im Ländle allen im Land Mut macht, den aufrechten Gang zu gehen.

Winfried Wolf schrieb 1995 das Buch "Stuttgart21 – Hauptbahnhof im Untergrund?". Er ist – zusammen mit Sabine Leidig, Gangolf Stocker und Volker Lösch Mitherausgeber des neuen Buchs "Stuttgart 21 – Wem gehört die Stadt?"

Stephan Krull

Die Autogesellschaft ist die Krise.

Ohne Umbau kein Ausweg! – Ein Plädoyer

Die Weltautomobilindustrie arbeitet daran, den aktuellen Bestand von 800 Millionen Fahrzeugen in 15 Jahren zu verdreifachen: 2,5 Milliarden Fahrzeuge sind das Etappenziel der Manager, die sich um Profite, Produktion und Standorte, nicht aber um Bedürfnisse, Klima und Volkswirtschaften kümmern.[1] Jeder nüchterne Mensch weiß, dass dies ein Horrorszenario ist, das hoffentlich und wahrscheinlich nicht aufgehen wird. Diese Horror-Pläne und die Krise beweisen die Notwendigkeit, die Autoindustrie umzubauen. Nicht der Umbau gefährdet Arbeitsplätze, Standorte und Existenzen, sondern das Verharren in überlebter Technologie und mörderischer Mobilität droht das Klima zu zerstören, bedroht das Überleben der Menschheit.

Doch das Projekt „Umbau der Autoindustrie“ weckt Zweifel und Ängste bis hin zum Erschrecken - darin begründet, dass das „Transportsystem systemrelevant ist“, dass es beherrscht wird von den „mächtigsten Konzernen der Welt“, vor allem aber in der „ökonomischen und ideologischen Macht über Millionen Auto-Beschäftigte“ und in dem „Bedürfnis des größten Teils der Bevölkerung, ein besseres Auto haben zu wollen“.[2] Banken wie Hypo Real Estate waren mächtig wie Autokonzerne, sie sind bzw. waren systemrelevant und ideologisch überhöht durch ihre angeblich stabile Rolle; dennoch wurde die HRE verstaatlicht, Dresdner Bank und City-Bank sind verschwunden, ebenso wie so „stolze“ Marken wie AEG, Telefunken, NSU oder Borgward.

Die Frage, was in den Fabriken von Wolfsburg über Bochum, Köln und Stuttgart bis München statt Autos produziert werden könnte, muss beantwortet werden. Hinzukommen muss, wie von Wolfgang Schaumberg betont, eine Massenbewegung, die noch nicht sichtbar ist. Das genau ist der Grund, diese Aufgabe anzugehen, theoretisch daran zu arbeiten und dies auch praktisch vorzubereiten. Zudem ist der Umbau der Autoindustrie Voraussetzung und Synonym für den Umbau des gesamten Verkehrs- und Transportsystems, schließlich unserer Produktions- und Lebensweise.

Die wesentlichen Fragen für den Umbau der Autoindustrie sind:
- Was passiert mit der Autoindustrie bzw. den Autofabriken und
- was wird aus den Beschäftigten und aus den Regionen, die vom Auto dominiert werden?

Diese Fragen sind in der Logik der kapitalistischen Produktionsweise einzelbetrieblich nicht zu beantworten. Deshalb bedarf es einer gesellschaftlichen Planung. Der von der IG Metall ins Gespräch gebrachte „Branchenrat“ allerdings birgt die Gefahr in sich, ein lediglich korporatistischer Dialog zu werden, wie Achim Bigus zu Recht befürchtet.[3] Der Vorschlag öffnet aber auch die Debatte über gesellschaftliche Planung – und insoweit könnte und sollte er aufgegriffen werden.

Solidarität statt Konkurrenz: Ohne Bildung und Verstand ist nichts zu machen!

Um die Fragen zu beantworten sind Debatten erforderlich, Verständigungen und Bewegung in den Betrieben, in den unter Lärm, Beton und Abgasen leidenden Städten, unter ärmeren Menschen, Kindern und in der ländlichen Bevölkerung, die unter teurem oder kaum vorhandenem öffentlichen Personenverkehr leidend.

Es liegt auf der Hand: an gesellschaftlicher Planung von Produkten und Produktion, an einem gründlichen Umbau, an Transformation führt kein Weg vorbei.

Auch wenn das Regierungsprogramm andere Schwerpunkte setzt und der Vorsitzende der IG Metall im Bundeskanzleramt bei seiner Geburtstagsparty einen Burgfrieden neuer Art feiert,[4] der Export und Rüstungsindustrie das Wort redet, so liegt es doch an den Menschen selbst, ob aus der Krise etwas Neues entsteht oder ob das Alte sich menschenfeindlich weiter entwickeln kann.

Die Preisgabe gewerkschaftlicher Positionen gegenüber dem Kapital ist nicht nur davon Ausdruck, dass das Führungspersonal sich als Teil der politischen Klasse versteht und wirkt, es dient der tieferen Integration von Gewerkschaften als korporatistischer Teil in dieses System, es prägt das Bewusstsein vieler Menschen und drückt eben dieses Bewusstsein aus. So erntete der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wulff in der Auseinandersetzung um Studiengebühren auf einer Betriebsversammlung bei VW kräftigen Applaus für die demagogische Aussage, „dass nicht Arbeiter für das Studium der später im Berufsleben hoch bezahlten Akademiker aufkommen sollten“[5].

Konturen des Umbaus der Autoindustrie

Nach dem Auslaufen der Abwrackprämie wird die strukturelle Seite der Krise sichtbar. 2010 werden 50 000 Menschen weniger beschäftigt, der Belegschaftsabbau in der Wertschöpfungskette von der Stahlproduktion bis zum KFZ-Vertrieb beschleunigt sich. Wir stecken mitten im Umbau der Automobil- und Zulieferindustrie; die Pleiten von GM und Chrysler, die Verkäufe von Opel, Saab und Volvo, von Delphi und Saturn, die Verluste von Toyota, Ford, Daimler, Lada und Renault, von Bosch und Conti sind die Ouvertüre der großen Krise, in der Milliarden-Werte vernichtet werden. Der Umbau findet mit oder ohne uns statt; er muss, wenn er zum Wohle der Menschheit gelingen soll, von unseren Visionen getragen werden, nicht von Profitinteressen: Es geht um eine menschliche Vision davon, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen und wie wir überleben können! Ausgangspunkt für diese Überlegungen ist, dass die Automobil- und Zulieferindustrie mehr als die Überkapazitäten abbauen muss und abbauen wird.

Thomas Kuczynski formulierte das zutreffend so: *„Die Autoindustrie ist in der Krise, weil seit Jahren viel zu viele Autos produziert und dafür die öffentlichen Nahverkehrssysteme ruiniert werden. Staatshilfen fielen hier (Opel; S.K.) in ein Fass ohne Boden und sicherten allenfalls einigen Großaktionären ihre Kapitalerträge. Hier ist in der Tat das vonnöten, was vor fünfzig Jahren in der alten Bundesrepublik mit dem Steinkohlebergbau und seinen Beschäftigten getan wurde: sukzessive Reduktion der Produktion und gleichzeitig massive Umschulungsprogramme für die Beschäftigten, damit sie andere, sinnvollere Arbeit bekommen können (…). Damals, vor fünfzig Jahren, war das Geld für so was da. Damals musste das Geld da sein, weil sonst die Gefahr bestand, dass die massenhaft erwerbslos gewordenen Bergarbeiter dem Erzfeind, dem Sozialismus in der DDR, etwas hätten abgewinnen können. … Seit Jahren agieren Gewerkschaften ganz und gar defensiv, es geht nicht mehr um ein mehr an Sozialstaat, sondern bestenfalls um seine Erhaltung. Und daher führt die IG Metall jetzt einen Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie, der ökonomisch sinnlos, ökologisch sinnwidrig und politisch aussichtslos ist. Staatshilfe tut not, aber nicht zur Weiterführung, sondern zum sozial verträglichen Abbau dieser Branche, einschließlich gar nicht billiger Umschulungsprogramme“*.[6]

Wie nun kann der Umbau der Automobil- und Zulieferindustrie aussehen?

Oft werden reale Schwierigkeiten beschrieben, in den Karosserie- und Montagewerken

etwas anderes zu bauen als Autos. Im Folgenden einige erste Ideen, die vervollständigt und wissenschaftlich geprüft werden müssen, über die sich viele verständigen müssten. Dabei geht es nicht um Einschränkungen, sondern um eine andere Lebensweise, darum, dem Stress und den unübersehbaren Gefahren unserer gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise zu entgehen:

Alle Menschen haben das Recht auf Mobilität, niemand wird zu schädlicher Mobilität gezwungen!

Die Transporterfordernisse in größeren Räumen werden durch andere Siedlungs- und Produktionsstrukturen reduziert (Regionalökonomie). Transport von Material und Energie wird mit Pipelines, Schiffen und Güterzügen realisiert. Die Menschen fahren in bequemen Personenzügen oder mit dem Schiff, weil Zeit dafür ausreichend vorhanden ist und das Erleben verschiedener Landschaften, Klimazonen und Kulturen intensiv möglich macht. Die Zentren sind durch kurz getaktete S-Bahnen mit kleineren Ortschaften verbunden, die innerörtliche Mobilität wird durch Straßenbahnen, Hybrid- und O-Busse realisiert, verschiedene zwei-, drei und vierrädrige Fahrzeuge werden für wechselnde Strecken gemietet und emissionsfrei durch Menschen, bei starkem Wind sowie bei schwächeren Personen durch kleine Elektromotoren angetrieben. Die Innenstädte sind autofrei, aus Gründen der Bequemlichkeit gibt es viele Straßenzüge mit elektromagnetisch angetriebenen Laufbändern. Notwendige Besorgungen können mit elektrisch betriebenen größeren und kleineren Taxen durchgeführt werden, die flexibel zur Verfügung stehen. Zeitverschwendung in Staus gehört der Vergangenheit an.

Noch stößt sich diese Vision an der Realität, die von der Auto- und Erdölindustrie gesetzt wird. Umso wichtiger ist es, unsere Bedürfnisse zu definieren und demokratische Strukturen zu schaffen, in denen diese Bedürfnisse sich gegen die Profit-Logik des Kapitals durchsetzen.

Die Grenzen gewerkschaftlicher Sichtweisen

Wenn die IG Metall den Ratschlägen von Kuczynski und anderen folgen würde, stünde sie doch vor einem Dilemma. Bevor auf dieses genauer eingegangen wird, ist allerdings an ältere Einsichten zu erinnern: Bereits in den 80er Jahren wurde die Diskussion um den Umbau der Autoindustrie begonnen - auf Druck eben dieser Industrie allerdings auch wieder abgebrochen. Wichtige und richtige Positionen dieser Debatten wurden in dem Programm „Auto, Umwelt und Verkehr“ festgehalten.[7] Hier nur eine knappe Darstellung des Programms:

Einleitend drei Thesen zur Problemanalyse:
- Der sinkende Nutzen des Autos wegen wachsender Verkehrsdichte
- Schäden und Belastungen aus dem Automobilverkehr
- Mangelnde Vorsorge für Umwelt, Mobilität und Arbeitsplätze

Es folgen zehn Vorschläge und Forderungen für „ein humanes, umweltverträgliches und effizientes Verkehrssystem“:
- Gift- und Schadstofffreie Produktion
- Systematisches Recycling
- Verringerung von Emission und Verbrauch
- technische Geschwindigkeitsreduzierung
- Kooperation aller Verkehrsträger
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Vernetzung der Verkehrsträger
- Neue Fahrzeugkonzepte und gesellschaftliche Verantwortung
- Änderung des Verbraucherverhaltens
- Politische Rahmensetzungen und demokratische Beteiligung

Sicher müsste heute weitgehender formuliert werden, weil die Krisen sich seit den 1980er Jahren enorm vertieft haben und eine größere Veränderungsgeschwindigkeit erforderlich ist. Es müsste weitgehender formuliert werden, um der Gefahr der kapitalistischen Vereinnahmung und der warenförmigen Verwertbarkeit von alternativer Mobilität zu entgehen. Dazu gehörte z.B. Bewegungsfreiheit für alle Menschen sowie der Widerstand gegen die Einschränkung öffentlicher Räume, Straßen und Wege durch Privatisierungen. Es müsste deutlich werden, dass es um integrierte Mobilität geht, nicht um integrierte Mobilitätskonzerne! Der größere Veränderungsbedarf wird auch an Publikationen deutlich wie der des inzwischen verstorbenen Frederic Vester „Ausfahrt Zukunft“[8] oder der Lunapark 21 extra.[9]

Zum aktuellen gewerkschaftlichen Dilemma gehört, dass diese Auseinandersetzung nicht nur europäisch geführt und der Kampf international organisiert werden muss. Die Gewerkschaften jedes Landes, jedes Betriebes, kämpfen bislang für „ihr“ Land, für „ihren“ Betrieb oder für „ihre“ Mitgliedschaft. Internationale Solidarität ist unterentwickelt, in den Gewerkschaften auf wenige Hauptamtliche beschränkt, die personellen und finanziellen Ressourcen von supranationalen Gewerkschaftsbünden sind so knapp gehalten, dass diese nur zum „sozialen Dialog“ reichen, den die Unternehmer in der Krise nicht mehr brauchen. Wie auf nationaler Ebene ist auch auf internationaler Ebene der Korporatismus beendet, ohne dass Gewerkschaften das wahrhaben wollen.[10]

Dennoch gibt es Ansätze, auf das Erfordernis des Umbaus der Industrie zu reagieren, z.B. die Position, keine Entlassungen zu akzeptieren. Diese Forderung in der Defensive und aus der Defensive hat bewirkt, dass durch befristete Arbeitszeitverkürzung (Kurzarbeit, weitgehend ohne Entgeltausgleich) und ein Konjunkturprogramm (Abwrackprämie) die Beschäftigung nicht abstürzte; dass Bundesregierung und Industrie ebenfalls Interesse daran hatten, ist unbestritten. Unbestritten sollte auch sein, dass Massenarbeitslosigkeit kein Nährboden für progressive Veränderungen ist. Im Forderungssortiment der Gewerkschaften fehlt allerdings eine laute Stimme für den Beginn des Umbaus der Automobil- und Zulieferindustrie aus der Erkenntnis heraus, dass ein Festhalten an überkommenen Strukturen die Niederlage nur etwas hinauszögert, der Aufprall dann aber um so härter sein wird.[11] So droht es Opel zu gehen, weil keine Perspektive über die Automobilproduktion hinaus erwogen oder gefordert wurde. An diesem Beispiel erweist sich die Notwendigkeit, die Produktion an der gesellschaftlichen Nützlichkeit zu orientieren – und dafür auch seitens der Gesellschaft die Kosten zu tragen. Dies ist möglich, wenn die Milliarden Euro nicht zur Profitsicherung und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen ausgegeben werden, sondern für den Umbau der Produktion, für die Umprofilierung und Qualifizierung der Beschäftigten. Für das Geld sollten die Beschäftigten von Opel die Chance bekommen, ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen.

Beschäftigung zu sichern und Entlassungen zu vermeiden, sind richtige Ansätze und Erfolg versprechend, wenn sie ausformuliert, konsequent eingefordert und erkämpft werden:

- kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend den Produktivitätssteigerungen bis zur Schaffung von „kurzer Vollzeit“ als vorläufig neues Normalarbeitsverhältnis. Halbzeit für alle!

- Staatliche Förderungen, Forderungen und Anreize zur Konversion der Automobilindustrie weit über andere Antriebstechniken hinaus; Konjunkturprogramme und Unternehmenskredite oder –bürgschaften sind an Veränderungen von Produkt und Produktion in Richtung „integrierte Mobilität“ zwingend zu binden.

- Demokratische Beteiligung der Belegschaften, der Regionen sowie der NutzerInnen und Anspruchsberechtigten von Mobilität ist zu gewährleisten.

- Der Profit darf nicht weiter im Mittelpunkt der Produktion stehen, sondern der Nutzen für die Menschen, die Menschheit, die Naturverträglichkeit und Nachhaltigkeit.

Für Gewerkschaften stehen tarifpolitisch die Themen Beschäftigungssicherung und Entgelterhöhung an vorderer Stelle, doch es ist keineswegs klar, dass Beschäftigung und guter Lohn ohne einen Umbau der Autoindustrie selbst nur für die Noch-Beschäftigten gesichert werden könnten. Umgekehrt: für immer mehr Menschen werden weder Beschäftigung noch Entgelt gesichert, wenn die Konversion unter de-

mokratischer Beteiligung und Kontrolle nicht auf den Weg kommt!

Ein solcher Umbau ist ein gesellschaftliches Projekt. Kein Betrieb, kein Unternehmen kann dieses allein leisten – schon aufgrund der einzelbetrieblichen Logik nicht. Ebenso wenig ist ein Betriebsrat allein in der Lage, technische und ökonomische Alternativen zu entwickeln – abgesehen von der aktuellen Situation, in der die Betriebsräte schon mit der Bewältigung der Tagesaufgaben stark gefordert sind.

Denken ohne Geländer – Gesellschaftliche Planung und gemeinsame Aktion!

Auf mehreren Tagungen und Konferenzen von Rosa-Luxemburg-Stiftung, express, TIE, Netzwerk Auto, der LINKEN, Umweltverbänden, einigen attac-Gruppen, GewerkschafterInnen und weiteren Aktiven werden in diesem Jahr Fragen im Zusammenhang mit der Krise und dem notwendigen Umbau der Industrie beraten. Dabei spielen soziale Aspekte eine Rolle, ebenso ökologische Gesichtspunkte sowie Erfahrungen der bisherigen Kämpfe und Perspektiven für gemeinsame Aktionen. Thematisiert werden u.a. folgende Fragen:

- Wie kann der Strukturwandel solidarisch gestaltet werden; und was ist in diesem Zusammenhang „solidarisch“ – gegenüber Erwerbslosen, gegenüber den weniger entwickelten Ländern, gegenüber denjenigen, die unter Klimaveränderungen leiden?

- Wie kann der Umbau gestalten werden, ohne dass Menschen verloren gehen, „überflüssig“ werden? Wie kann also eine andere Produktion mit anderen Produkten aussehen, wie kann eine Konversion dieser Schlüsselindustrie aussehen, ohne soziales Brachland zu verursachen?

- Wie kann erreicht werden, dass der Umbau zu mehr Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit führt – und das weltweit?

- Wie kann erreicht werden, dass der Umbau einem Weg des nachhaltigen, ökologisch vernünftigen Wirtschaftens folgt, obwohl das Kapital nur an Maximalprofiten interessiert ist und die Angst in den Belegschaften vor Veränderungen groß ist?

- Wie kann das geringer werdende Volumen Erwerbsarbeit verteilt werden? Wie kann eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit einhergehen mit einer gerechten Verteilung aller Arbeit auf globaler Ebene, wie kann „Halbzeit für alle“ bei uns in die Köpfe und in die Betriebe einziehen?

- Wie können wir die Vereinnahmung unserer Alternativen durch den flexiblen Kapitalismus verhindern? Wie können wir verhindern, dass aus unseren Ideen und Alternativen nur „neue Geschäftsfelder“ auf alten profitorientierten Entwicklungspfaden werden?

– Welche Mobilität für wen? Für das Recht auf Mobilität ohne Ausschluss von ärmeren Menschen, Frauen, MigrantInnen, Menschen in weniger entwickelten Ländern; gegen den Zwang zur Mobilität durch Zersiedlung und räumliche Trennung von Arbeit und Leben.

– Wie wollen wir leben, ohne das Klima zu schädigen und Ressourcen zu verbrauchen, die künftige Generationen noch benötigen?

– Welche Wirkungen hat die Exportstrategie hier und anderswo auf der Welt, ist diese Strategie für die Menschen weiterhin vertretbar?

– Welche Verkehrsmittel und Verkehrsträger können zu einem integrierten Verkehrssystem entwickelt werden, welche neuen Verkehrsträger sind zu entwickeln und zu konstruieren?

– Wie kann die Bildung, Qualifizierung und Umprofilierung der Beschäftigten in der „alten“ Automobil- und Zulieferindustrie bewältigt werden, welcher Zeitraum und welche Mittel sind dazu erforderlich?

– Wie können wir die Kritik an der Werbe- und Verkaufsstrategie der Auto- und Energiekonzerne so formulieren, dass die Menschen ihre „eigentlichen“ Bedürfnisse als wesentlich wahrnehmen, wie können wir also den Angriff der Konzernstrategien auf die Sinne der Menschen abwehren?

– Wie sieht eine Kosten-/Nutzen-Analyse aus, wenn Automobilindustrie und Mobilitätserfordernisse derart umgebaut werden? Was kostet dieser Umbau, und was wird gesamtgesellschaftlich eingespart / umgeschichtet, um ein besseres Leben zu ermöglichen?

– Wie können gute Beispiele für Verkehrsminderung, integrierte Verkehrssysteme oder die Stärkung des Fahrradverkehrs studiert und verallgemeinert werden? (Z.B. aus Zürich, den Niederlanden, den Gemeinden Bohmte und Kirchhatten (Shared Space) und andere Beispiele der Regionalökonomie zu verweisen.

– Wie können wir einen kollektiven Prozess für eine positive Utopie gestalten, an dessen Ende vielleicht eine ganz andere Mobilität steht, als wir sie uns heute vorstellen können?

Viele offene Fragen, sicher unvollständig; aber die Arbeit an diesen Fragen könnte der Anfang einer notwendigen Debatte und Aktion sein, wenn der Anspruch umgesetzt werden soll, dass „wir“ nicht für die Krise zahlen. Es gehört wohl noch mehr dazu, aber für die aktuell betroffenen Menschen in der Auto- und Zulieferindustrie muss es konkrete Perspektiven geben – sonst kann der Kampf um eine neue Verkehrspolitik, um eine andere Produktions- und Lebensweise und gute Arbeit nicht erfolgreich beginnen.

Voilà! Landschaften und Städte sind vom Auto geprägt, ebenso die Menschen und die gesamte Gesellschaft. Positiv wurde lange die beworbene *Freiheit* bewertet, ganz schnell ohne Umstände Orte wechseln zu können. Dadurch hat sich in der Gesellschaft ein *irrationales Verhältnis* zum Auto entwickelt – es dient nicht dem Bedürfnis nach sinnvoller *Mobilität*, aber wir leben in unwirtlichen Städten, in betonierten Landschaften und arbeiten unter miesen Bedingungen, um ein Auto zu *besitzen*, das nur zu einem Bruchteil ausgelastet wird. Diese *Freiheit* ist die Freiheit des kleinsten Teils der Menschen in Europa, USA und Südostasien. Keine Mobilität für die Mehrheit der Menschen in Afrika, Asien und Südamerika ist das Ergebnis ungerechter Verteilung und Ausbeutung – bis zur Abschottung Europas durch Mauern, Stacheldraht, elektronische Überwachung, Soldaten und um den Preis Tausender von Toten. Nun stößt die Autogesellschaft an Wachstums- und Ressourcengrenzen, an die Grenze dessen, was das *System Erde* tragen kann, und wir stehen vor der schönen und schwierigen Aufgabe, unsere vom Auto geprägte *Lebensweise* grundlegend zu ändern, den goldenen Käfig zu verlassen. Voilà!

Erschienen in express, Nr. 5-6/2010

[1] Prognose eines Automanagers beim Dialogforum von NABU und Volkswagen am 8. März 2010 in Hannover
[2] Wolfgang Schaumberg, in: express, Nr. 2/2010
[3] Achim Bigus, in: express Nr. 4/2010
[4] Achim Bigus, in: UZ, Nr. 12/2010: „Happy Burgfrieden im Kanzleramt“; Berthold Huber im „Mannheimer Morgen“ am 1. April 2010 zum Tarifabschluss der IG Metall: „Wir haben Frau Merkel nicht vorher gefragt. Den Tarifabschluss haben wir aus eigener Kompetenz gemacht. Wenn uns dann die Kanzlerin hinterher lobt, ist das keine Schande.“
[5] Wolfsburger Nachrichten, 17. Februar 2007
[6] Thomas Kuczynski: „Differenzierte Staatshilfe“, in: „Ossietzky“, Nr. 17/2009
[7] „Auto, Umwelt und Verkehr – Umsteuern, bevor es zu spät ist“, Schriftenreihe der IG Metall; ohne Datum (1990), Redaktion: Gewerkschaftssekretär Horst Neumann – heute Personalvorstand der VW AG
[8] Frederic Vester: „Ausfahrt Zukunft“, München 1990. Vgl. auch: Reinhard Doleschal/Rainer Dombois (HG): „Wohin läuft VW?“, Reinbek 1982; Heinrich Buhmann et al. (Hg.): „Geisterfahrt ins Leere“, Hamburg 1984; Manfred Muster/Udo Richter (Hg.): „Mit Vollgas in den Stau“, Hamburg 1990;
[9] Winfried Wolf / TIE-Bildungswerk (Hg.): „Weltwirtschaftskrise & Krise der Autoindustrie“, Lunapark 21 extra, Oktober 2009
[10] Sichtbar an dem „Erfolg“ des Appells vom IG Metall Chef Huber an die Bundeskanzlerin, dafür zu sorgen, dass „im Interesse der Arbeitsplätze“ gerade in der Krise das Militärflugzeug A300M gebaut werden solle; Zeitung der IG Metall, März 2010
[11] Der leise Vorschlag der IG Metall zur Einrichtung eines „Branchenrates“ wurde weder nachdrücklich vertreten, noch ist er in den Betrieben vernehmbar als Ansatz zur Demokratisierung der Produktion und Sicherung der Arbeitsplätze.

François Houtart

Nach Kopenhagen: Cochabamba als Alternative?

Nach dem Misserfolg der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen hatte Evo Morales noch vor der Konferenz in Cancun (Mexiko) im Dezember 2010 eine Konferenz nach Cochabamba einberufen, jene für ihren Kampf gegen die Privatisierung des Wassers im Jahr 1990 berühmte Stadt. Die Konferenz fand im April 2010 statt (s. SiG Nr.83 und 84). Der hier übersetzte Text ist Bestandteil der Strategiedebatte im Rahmen des Weltsozialforums 2011 in Dakar,
http://fsm2011.org/en/strategies-debate

Die Originalität des Vorhabens bestand darin, soziale Bewegungen und Regierungen zusammen einzuladen. In der Tat waren nur zwei Staatschefs zugegen, Evo Morales und Hugo Chavez sowie zwei Vizepräsidenten aus Kuba und Burundi. Die Zahl der offiziellen Delegationen belief sich auf 47 und dazu kamen einige internationale Organisationen wie das Sekretariat der UN. Präsent waren 147 Nationen mit etwa 35.500 Anmeldungen, weit mehr als die 15.000 Erwarteten.(…)

Siebzehn Arbeitsgruppen (mesas) bereiteten die Abschlusserklärung vor und erstellten Berichte über Themen wie wissenschaftliche Ergebnisse, strukturelle Ursachen des Klimawandels, die Migrationen und die Klimaschuld, die Rechte der Mutter Erde, eine weltweite Volksabstimmung über das Klima sowie die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs bei Verstößen gegen die Natur, etc.

Eine **nichtoffizielle achtzehnte Arbeitsgruppe** tagte außerhalb des Campus in einem Restaurantsaal. Sie behandelte eine Frage, die in der Konferenz nicht thematisiert wurde: der Widerspruch zwischen der Verteidigung der Natur (Pacha-Mama) und der Förderungspolitik (Erdöl, Erdgas, Minen) der fortschrittlichen Länder Lateinamerikas. Sehr harte Kritik wurde von ökologischen und Eingeborenen-Gruppen vorgebracht, wobei sie jedoch die wohlbegründete Sozialpolitik der jeweiligen Staaten anerkannten.

Es gab auch **hunderte von selbstverwalteten Workshops**, die von den sozialen Bewegungen oder den NGO's organisiert wurden und die verschiedensten Fragen behandelten wie die Rolle der internationalen Banken (Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank, etc.); die Kultur und der Klimawandel; die Gletscher; das Wasser; die Auswirkungen auf die Gesundheit; die eingeborenen Völker und dazu noch viele konkrete Fälle wie die Yasuni am Äquator. Das ist eine Region mit großer Biodiversität, die von eingeborenen Völkern bewohnt wird und die eine enorme Erdölreserve aufweist. Die Regierung ist bereit, diese im Boden zu lassen, sofern die internationale Gemeinschaft dem Land die Hälfte des finanziellen Gewinns zur Verfügung stellt, der bei dem Abbau angefallen wäre). Ähnliche Probleme gibt es beim Bergbau in Kanada, in den Vereinigten Staaten, in Australien und Lateinamerika. Die **Versammlung der Sozialen Bewegungen** behandelte auch verschiedene Aspekte dieser Probleme. Eine zentrale Rolle spielten dabei Via Campesina - mit ihrem indonesischen Vorsitzenden - und der MST (Bewegung der Bauern ohne Erde) in Brasilien. (,,,)

Die Abschlusserklärung

Die Abschlusserklärung umfasst nach der Auflistung einer gewissen Anzahl von Fakten eine Reihe von Prinzipien und konkreten Vorschlägen. Es handelt sich in erster Linie darum, die Mutter Erde als Quelle des Lebens zu erklären und das Prinzip der Einklangs und des Gleichgewichts zwischen allen und mit allen zu bestätigen. Auf dieser Grundlage muss das kapitalistische System in Frage gestellt werden, weil es Zerstörung und Tod verbreitet und so die Harmonie mit der Natur zerstört und die Achtung vor dem Leben missachtet. In der Tat erzwingt das System eine Logik des Wettbewerbs, des unbegrenzten Fortschritts und des Wachstums auf der Suche nach Profit ohne Ende, indem es die Menschen von der Natur trennt und ein System der Herrschaft über diese errichtete und indem es alles in Waren verwandelte. Dagegen muss man ein neues System schaffen, auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit, der Solidarität und der Gerechtigkeit, des gemeinsamen Wohlergehens und der Befriedigung der Bedürfnisse Aller, in Übereinklang mit der Mutter Erde und in Betrachtung des Menschen nach dem, was er ist und nicht nach dem, was er besitzt. Es kann in der Tat kein Gleichgewicht mit der Natur geben, wenn es keine Gerechtigkeit zwischen den Menschen gibt

Auf der praktischen Ebene wird eine Reihe von Vorschlägen für die Konferenz der Vereinten Nationen in Cancun übermittelt:

- Die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch alle Industrieländer;
- die Reduzierung des CO2-Ausstoßes um 50 % bis 2050 im Vergleich zu 1990;
- eine Begrenzung auf 1 Grad Erwärmung des Planeten und nicht 2 Grad wie in Kopenhagen vorgesehen;
- eine Charta der Rechte der Klimamigranten;
- eine Ermutigung zur Klima- und Umwelterziehung.

Ebenfalls werden mehrere konkrete Maßnahmen für Cancun vorgeschlagen:

- Erarbeitung einer universellen Erklärung des gemeinsamen Rechte von Mutter Erde und der Menschheit (Pater Miguel D'Esoto, der ehemalige Präsidenten der Generalversammlung der UN, stellte einen Entwurf vor);
- Durchführung eines weltweiten Referendums über die Achtung vor der Natur und ihre Rechte (diese Fragen wurden von einer speziell zu diesem Zweck gebildeten Arbeitsgruppe erarbeitet)
- Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshof gegen die Verbrechen an Klima und Umwelt.

Offene Fragen

Wenn der Gipfel von Cochabamba auch ermöglicht hat, grundlegende Fragen zu stellen und in Überlegungen und politischen Vorschlägen voranzukommen, bleiben doch, wie bei allen laufenden Prozessen, eine Reihe von Fragen, die in der Zukunft zu lösen sein werden. Zwei Fragen sollten benannt werden, eine theoretischer und die andere praktischer Natur. Die folgenden Überlegungen könnten als Arbeitsgrundlage dienen.

1. Verhältnis Mensch-Natur

Auf dem Gebiet der Theorie geht es um das Konzept der Verhältnisse von Menschheit und Natur und auch um die dabei benutzte Begrifflichkeit. Es ist vielleicht nicht so sehr das Wort Mutter Erde das ein Problem aufwirft. Dieses Wort wurde im Jahr 2009 einstimmig von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen, die den 22. April zum Tag der Mutter Erde ausgerufen hat , - genau an diesem Tag wurde übrigens der Gipfel von Cochabamba beendet. Aber einige TeilnehmerInnen verlangten im Laufe der Konferenz eine Erweiterung dieses Konzeptes. Es waren eher der Einführungstext für das Dokument der Konferenz und gewisse Reden, die auf eine explizite Art und Weise die metaphorische Ausdrucksweise dieses Konzepts überschritten, um der Mutter Erde die Merkmale einer lebenden Person zuzuschreiben, die fähig sei zu hören, zu han-

deln, geliebt zu werden und aus diesem Grund eine Rechtsperson sei. Die Abschlusserklärung verlangt die Aufwertung der Weisheit und des überlieferten Wissens der eingeborenen Völker und *"die Anerkennung der Mutter Erde als eines lebenden Wesens, mit dem wir eine unteilbare, gegenseitige und geistige Verbindung haben*". Die Erklärung spricht unter anderem vom Lebens- und Existenzrecht der Mutter Erde, von ihrem Recht auf Achtung, auf die Fortsetzung ihrer lebensnotwendigen Zyklen und Verfahren , frei von menschlichen Eingriffen; von ihrem Recht, ihre Identität und Einheit mit ihren ausdifferenzierten und interaktiven Teilen aufrechtzuerhalten.

Die notwendige Harmonie von Natur und Menschengattung, das Imperativ der Regenerierung des Planeten sollen selbstverständlich nicht in Frage gestellt werden. Das kapitalistische Konzept der zerstörerischen Ausbeutung der Natur im Dienste einer Entwicklung, die als unbegrenztes materielles Wachstum verstanden wird, soll auch nicht gerechtfertigt werden. Die Notwendigkeit, die Philosophie dieses Verhältnisses zwischen Mensch und Natur zu überprüfen, das die anderen Lebewesen und die Fähigkeit zur Reproduktion und zum Gleichgewicht der Natur ignoriert, soll auch nicht negiert werden. Und man kann auch nicht hinnehmen, dass Kulturen verachtet und marginalisiert werden, die der heutigen Menschheit zu einer heilsame Kritik verhelfen könnten, sowohl was das Ausbeutungsverhältnis angeht, das durch die Kapitallogik angetrieben wird, als auch den gesteigerten Individualismus des Konsummodells und anderer Verhaltensweisen.
Aber es sollte anerkannt werden, dass es verschiedene Kulturen gibt. Wenn der notwendige Wandel nur in Begriffen eines symbolischen Denkens ausgedrückt wird, das dazu tendiert, die Symbole mit der Realität gleichzusetzen, dann führt das zu einem Zusammenstoß mit einer Kultur, die durch ein analytisches Denken charakterisiert ist, das die Kausalität der Erscheinungen in den jeweils spezifischen Feldern sucht - gleichgültig ob sie physisch oder gesellschaftlich sind -.

Die zwei Weltanschauungen koexistieren heute.
Die erste besitzt einen Ausdrucksreichtum, der an die Kraft des Symbols und die Realität des Ideellen erinnert und besonders nützlich im Bereich des Verhältnisses zur Natur ist. Seine praktischen Parameter lassen sich perfekt in Wissen, in Verhalten und in Politik übersetzen. Allerdings lässt sich diese Weltanschauung nur schwer mit einer urbanen und industriellen Kultur - wo immer in der Welt - vereinbaren.

Die zweite Weltanschauung hat gewiss die Kultur auf eine instrumentelle Vernunft oder auf einen einfachen Überbau reduziert und so die Logik des Kapitals bestärkt und zu seiner Reproduktion beigetragen. Sie hat aber auch eine wichtige Entwicklung der Kenntnisse erlaubt, die zur Lösung praktischer und politischer Probleme nützlich sind.
Wäre es nicht klug, in Reaktion auf die Widersprüche des Kapitalismus, der die Menschheit und die Natur in den Abgrund führt, den Ausdruck verschiedener Kulturen zuzulassen und das Prinzip der Multikulturalität in all seinen Dimensionen anzuwenden?

Dies ist nur der Beginn von Überlegungen, ohne die Anmaßung, ein Denkschema für das Problem aufzwingen zu wollen. Es soll nur die Diskussion eröffnen, um zu Lösungen zu kommen, die einen gemeinsamen Kampf bei aller Verschiedenheit und in gegenseitiger Achtung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig in Bezug auf den juristischen Aspekt. Wie soll man definieren, was das Recht der Mutter Erde bedeutet und wie soll man von einem internationalen Klima- und Umweltgerichtshof reden? Sicherlich können sich die juristischen Konzeptionen entwickeln und die Achtung eines natürlichen Gleichgewichts ist unabdingbar. Dazu muss man jedoch wissen, ob man eine Metapher benutzt, um eine konkrete Realität auszudrücken oder ob man neue Konzepte schafft, um die notwendige Harmonie zu definieren. Das alles hat Auswirkungen auf die Rechtsprechung, auf die Klärung der Verantwortlichkeiten und auf die Verhängung von Sanktionen.

2. Widerspruch zwischen dem Abbau der Bodenschätze und der Verteidigung der Natur

Die zweite Frage wurde von der achtzehnten Gruppe gestellt, es ist der Widerspruch zwischen dem Abbau der Bodenschätze und der Verteidigung der Natur. Offensichtlich ist, dass die Förderaktivitäten einen gewissen Grad an Naturzerstörung zur Folge haben und dass die Produktion und Nutzung dieser natürlichen Ressourcen zu ökologischen Schaden führen. Man kann umgekehrt Venezuela nicht bitten, morgen seine Erdöl- und Bolivien seine Gasförderung einzustellen oder Ekuador, seine Minen sofort zu schließen. Die Erträge dieser Aktivitäten bilden die Basis für die neue Politik, besonders was die soziale und kulturelle Ebene betrifft. Eine Lösung könnte darin bestehen, das Konzept des Übergangs auf operationelle Weise zu nutzen. Es würde sich um vier grundlegende Orientierungen handeln.

- Als erstes wäre eine Ökonomie zu entwickeln, die nicht auf den Abbau der Bodenschätze für den Export, sondern auf den inneren Markt ausgerichtet ist. Dies kann offensichtlich nicht von heute auf morgen geschehen und das verlangt eine mittelfristige und eine langfristige Perspektive. Mehrere Länder ergreifen schon Maßnahmen in diesem Sinne.
- Desweiteren sind vom ökologischen und sozialen Standpunkt aus strenge Regeln einzuführen, um die Schäden an der Natur zu begrenzen und die Rechte der Bevölkerung zu respektieren.
- Zum Dritten sollten die Industrieländer (des Nordens), zu deren Gunsten die Abbau der Bodenschätze hauptsächlich erfolgt, aufgefordert werden, den Konsum der Naturressourcen sowie ihre Treibhausgasemissionen einzuschränken und die Anstrengungen der Länder des Südens für den Naturschutz und die Achtung der sozialen Rechte zu finanzieren.
- Zuletzt sind internationale Normen in diesen Bereichen zu etablieren, die von einem internationalen Gerichtshof sanktioniert werden, um zu vermeiden, dass diejenigen, welche die Prinzipien des Schutzes und der Gerechtigkeit streng befolgen, ökonomisch bestraft werden. Auf dieser Basis könnten wirkliche Fortschritte erzielt werden.

Die Lehren von Cochabamba

Die Mobilisierung für die Harmonie zwischen Menschheit und Natur (die Mutter Erde) ist eine unabdingbare Vorraussetzung, damit die verantwortlichen Politiker die erforderlichen Entscheidungen treffen. Zu diesem Zweck hat der mexikanische Diplomat de Alba, der mit der Vorbereitung der Konferenz von Cancun beauftragt ist, alle sozialen Bewegungen willkommen geheißen. Einige unter der mexikanischen Delegation äußerten ihre Befürchtung, dass die Anwesenheit der Bewegungen die Ruhe der Debatten beeinträchtigen könnte. Die Präsidenten Morales und Chavez haben versichert, dass sie die Ergebnisse von Cochabamba in offiziellem Rahmen vorstellen würden. Das Dossier ist noch nicht abgeschlossen und das ist vielleicht das Wichtigste.

17. Mai 2010,
http://fsm2011.org/en/node/511
Übersetzung: Bruno Nieser, coorditrad, und SiG Redaktion

Atomkraft – Nein danke!

Demonstration in Caen (Normandie), http://groupes.sortirdunucleaire.org/blogs/train-d-enfer-transport-la-hague/
französische Medienberichte unter:
http://groupes.sortirdunucleaire.org/blogs/train-d-enfer-transport-la-hague/medias-videos-et-audios/

Weitere Fotos und Videos der Anti-Castor-Proteste: https://www.x-tausendmalquer.de/, http://www.ausgestrahlt.de/ , http://www.widersetzen.de/,...

„Sortir du nucléaire" („Atomausstieg") – Zusammenschluss von 876 Umweltvereinen in Frankreich
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Zusammenfassung der gemeinsamen Presseerklärung vom 3.11. 2010

Der am 3.11. vorgelegte Entwurf einer EU-Direktive zur Lagerung von Atommüll unter der Erde ist ein gefährliches und antidemokratisches Projekt! (…) In Bure (Ostfrankreich) ist die Lagerung von hochradioaktiven Abfällen aus den Atomkraftwerken und aus den militärischen Einrichtungen unter der Erde vorgesehen. In Bure soll die Lagerung in Tonschichten geschehen, diese haben aber Risse, so dass das dortige Grundwasserreservoir und damit die Seine und die Meuse, also ganze Regionen kontaminiert werden.

Mehr über diesen EU-Direktivenentwurf unter: http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/klima-energie/532-eu-kommission-veroeffentlicht-vorschlag-fuer-die-lagerung-von-atommuell

http://www.bi-luechow-dannenberg.de/, www.sortirdunucleaire.fr